Sonnabend, 12. Dezember 1931
Nr. 35. Jahrg. 1931

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Trotz Versprechen der Regierung:

Abbau der Invaliden-Versicherung

Die kleinen Renten werden beseitigt!

Berlin, 10. Dezember.

Wie an zuständiger Stelle zu den Maßnahmen der Notverordnung bezüglich der Sozialversicherung ergänzend erklärt wird, ist das Aufkommen in der Invalidenversicherung gegenüber 1929 um 260 Millionen Mark zurückgegangen. Die Verordnung zieht sich nunmehr zurück auf die Linie, die ein Gesetzentwurf vom Jahre 1925 vorsah, der aber im Reichstag keine Annahme fand. Die kleinen Renten von 10 bis 15 v. H. fallen damit sofort weg, Renten von 20 v. H. nach zweijährigem Bezuge. Bei den Waisenrenten fällt, wie das auch früher üblich war, der Bezug nach dem 15. Lebensjahre fort, ebenso die Witwenrenten von Witwen, deren Männer vor 1912 gestorben sind. Auch diese Maßnahme war durch Initiativ-Gesetz vom Jahre 1927 vom Reichstag über die alte Soziallinie hinaus angenommen worden und wird jetzt zurückgenommen. Bei der Abschaffung eines mehrfachen Bezuges von Renten werden z. B. Fälle erfaßt, in denen Angehörige geradezu ein Interesse daran haben konnten, daß etwa der Mann starb, weil dann die Rentenausschüttung insgesamt höher wurde. Die Einsparungen betragen bei der Unfallversicherung nunmehr 50 Millionen Mark, bei der Invalidenversicherung 100 Millionen Mark. In der Krankenversicherung war gegenüber dem Stande von 1929 bereits im Jahre 1931 eine Einsparung von 600 Millionen Mark erzielt worden.

*

Die Notverordnungsgesetzgebung macht also alle Fortschritte der ordentlichen Gesetzgebung rückgängig oder diktiert Rückschritte, die im Reichstag keine Mehrheit fanden. Das ist die Praxis der Notverordnungen. In diesem Fall muß sie doppelt verbitternd wirken, da ursprünglich ausdrücklich angekündigt war, daß die Invalidenrenten nicht angetastet würden. Wir hatten als erste den Plan der Regierung, sich an den Invalidenrenten zu vergreifen, aufgedeckt. Auf den dadurch geweckten stürmischen Widerspruch der Betroffenen hin erfolgte die erwähnte dementierende Ankündigung, die nun nachträglich noch in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Daß die Regierung dies wagen darf, zeigt, wie gering sie die Widerstandskraft der Arbeiterklasse einschätzt. Bei der Sozialdemokratie irrt sie sich zweifellos nicht. Aber wollen die Proletarier immer noch dieser Führung folgen?

Lohnabbau auf den Stand von 1917

Ein Irrtum der Notverordnung

†† Berlin, den 11. Dezember.

Die Notverordnung erhebt den Anspruch, die Gleichzeitigkeit des Lohn- und Preisabbaus erreicht zu haben. Der Lohnabbau soll versüßt werden, indem einerseits der Abbau auf den Stand von 1927 begrenzt wird; andererseits eine Preissenkung von 10 Prozent vorgesehen wird.

Dieser Anspruch ist, wenn man es im Rahmen der Kritikbefugnisse, die die Notverordnung gewährt, so ausdrücken darf, irrtümlich. Die freien Preise haben seit dem für den Preisabbau angesetzten Stichtag bereits eine Senkung von etwa 10 Prozent erfahren, ohne daß diese Tatsache sich im Haushalt der Arbeiterfamilie auswirken konnte, weil gerade die Preise der für den Arbeiterhaushalt entscheidenden Waren dank der Zollgesetze nicht mitgesunken sind. Die gebundenen Preise, die nun ebenfalls gelockert werden sollen, betreffen den Arbeiterhaushalt, selbst sofern sie Preise von **Verbrauchsgütern** sind, fast gar nicht. Ueberwiegend handelt es sich aber um Preise von **Produktionsmitteln**, und die Kunde, daß sich der Arbeiter Lokomotiven etwa um 10 Prozent billiger kaufen könne, wird seine Weihnachtsfreude nicht fröhlicher gestalten. So bleibt nur übrig, daß die Kohle billiger werden soll, soweit sich die fünf Millionen Arbeitslose überhaupt Kohle kaufen können.

Im übrigen bedeutet die Umsatzsteuer einen so starken Preisauftrieb, daß sie zusammen mit der Zollgesetzgebung und dem Zollausgleich kaum eine Senkung der Lebenshaltungskosten erwarten läßt. Von

Die Winterbeihilfe — oder der „Erfolg" der SPD

Denkschriften statt Brot

Der Reichsernährungsminister Schiele hat dem Haushaltausschuß des Reichstags eine Denkschrift übermittelt, mit der er beweisen will, wie sehr er für die Arbeitslosen sorgt: Brot, Rind- und Schweinefleisch, Kartoffeln und Kohle erhalten die Erwerbslosen zu verbilligtem Preis. Die SPD-Presse begrüßt diese Denkschrift begeistert und kommentiert sie z. B. mit der Ueberschrift „Was alles schon getan worden ist".

Und was ist wirklich getan worden? Für die Verbilligung von Fleisch und Kohlen hat das Reich 18, bzw. 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Diese Gelder fließen aus dem Steueraufkommen, von dem die breiten Massen mehr als vier Fünftel aufbringen müssen. Die Syndikate und den Groß- und Kleinl.andel gleichfalls zur Verbilligungsaktion heranzuziehen, ist vorläufig nur ein schöner Plan.

Eine ernsthafte Herabminderung der überhöhten Handelsspanne ist auch auf den anderen Gebieten nicht vorgenommen worden. In Berlin soll für Unterstützungsempfänger das Brot um 4 Pfennige gesenkt werden, nachdem Schiele — unter Baades Assistenz — den Brotpreis mehrfach erhöht hat. Der Erwerbslose hat nur auf ein verbilligtes Brot in der Woche Anspruch. Dazu kommt, daß nur ein Teil — und zwar ein ständig sinkender Teil — der Erwerbslosen unter die Unterstützungsempfänger fällt. Selbst der „Vorwärts" muß zugeben, daß maximal sieben Millionen Menschen von den Segnungen dieser Verbilligung betroffen werden. Also ein minimaler Bruchteil der Erwerbslosen und ihrer Angehörigen.

Die ganze Verbilligungsaktion macht hochgerechnet für diejenigen, die überhaupt davon betroffen werden, 3—4 Mark pro Monat aus.

Es wirkt wie blutiger Hohn, wenn Herr Schiele anfängt zu „verbilligen". Schon jetzt beträgt die Belastung, die auf jeden einzelnen Arbeiterhaushalt allein durch die Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel entfällt, durchschnittlich 150 bis 200 Mark jährlich. Aber bekanntlich hat Schiele sich erst vor wenigen Tagen die „Ermächtigung" geben lassen, ohne Befragung der parlamentarischen Stellen die Zölle nach eigenem Ermessen weiter zu erhöhen.

Die ganze Denkschrift, auf deren Einzelheiten wir noch zurückkommen werden, ist ein einziger Bluff. Und die Sozialdemokratie bezeichnet das als ihren Erfolg, der die Notverordnung aufwiegt und um dessentwillen sie die letzte Notverordnung mit „gutem Gewissen" tolerieren wird.

Der Preisdiktator hat schon kapituliert

Der Preisabbaukommissar schränkte vor der Presse seine Aufgaben entgegen den bisherigen Verlautbarungen erheblich ein. Seine Aufgabe sei nicht, Preise auf Befehl zu senken, sondern die Preise zu überwachen. Bei den städtischen Tarifen sei vor überspannten Hoffnungen zu warnen.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der die neue Notverordnung erörtert wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Freitag vormittag tritt der Parteivorstand, im Anschluß daran der Rechtsausschuß der Wirtschaftspartei zusammen.

Was bleibt da noch von der Demokratie?

Mitgliederversammlung der SAP verboten

Die Berliner Parteileitung der Sozialistischen Arbeiterpartei hatte für Freitagabend eine geschlossene Mitgliederversammlung einberufen, in der Max Seydewitz über „Die neue Notverordnung und die Aufgaben der Partei" sprechen sollte. Trotzdem zu dieser Versammlung nur Mitglieder zugelassen werden sollten, die sich durch Mitgliedsbuch als Mitglied der SAP oder des SJV auswiesen, hat das Berliner Polizeipräsidium am Freitag mittag vor der Versammlung die Abhaltung der Versammlung verboten und mitgeteilt, daß sie den Saal polizeilich besetzen wird, um die Abhaltung der Versammlung zu hindern. Als Grund wurde u. a. angegeben, daß nicht zwei Organisationen zusammen eine Versammlung abhalten können.

In der Notverordnung steht, daß „öffentliche politische Versammlungen, sowie alle politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten" sind. Nirgendwo steht ein Wort in der Notverordnung, daß geschlossene Mitgliederversammlungen verboten werden können. Trotzdem erfolgt dieses Verbot, für das auch nach dem Buchstaben der Notverordnung keine Handhabe gegeben ist und das den Anschein erweckt, daß jede, aber auch jede Kritik an der Notverordnung unterbunden werden soll. Die Unterdrückung geschlossener Mitgliederversammlungen schafft nicht nur den „Weihnachtsfrieden", sondern den Kirchhofsfrieden; das Verbot gegen die Mitgliederversammlungen bedeutet einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht, gegen das Vereinigungs- und Versammlungsrecht der Arbeiter überhaupt, und es kann nicht scharf genug gegen solche Wegbereitung des Faschismus Stellung genommen werden.

Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei hat gegen dieses Verbot Beschwerde eingelegt und die Aufhebung des Verbots von Mtigliederversammlungen verlangt.

*

Zur Stunde, wo wir die Redaktion schließen müssen, läßt es sich noch nicht übersehen, was aus dieser unbegreiflichen Verfügung entstehen kann. Die Mitglieder von dem Verbot zu verständigen, das am Freitag erst erfolgt ist, war natürlich unmöglich. Wie wir telephonisch erfahren, ist ein starker Andrang zur Versammlung zu bemerken. Wir hoffen, daß alle Reibereien trotz der begreiflichen Erregung der Mitglieder vermieden werden. Für jeden etwa entstehenden Zwischenfall tragen selbstverständlich nicht die harmlosen Versammlungsbesucher die Schuld, sondern der „Weihnachtsfrieden", der durch die Abhaltung der SAP-Mitgliederversammlung in keiner Weise „gestört" worden wäre, ist durch dieses unberechtigte Verbot gefährdet worden.

Auch die Reichskonferenz des SJV unmöglich gemacht

An den Weihnachtsfeiertagen sollte in Dresden die Reichskonferenz des Sozialistischen Jugendverbandes abgehalten werden. Mit dieser Reichskonferenz war verbunden eine Begrüßungskundgebung, die von der Dresdner Polizeibehörde verboten wurde. Da außerdem von der Polizeibehörde auch die Teilnahme von nichtdelegierten Gästen, die aber Mitglied des Sozialistischen Jugendverbandes sind, untersagt worden ist, ist die Reichskonferenz praktisch unmöglich gemacht worden.

Die Reichsleitung des Sozialistischen Jugendverbandes hat darum die Reichskonferenz auf den Februar vertagen müssen, zu Weihnachten aber findet dafür in Berlin eine Sitzung des Reichsausschusses statt.

Gleichzeitigkeit des Lohn- und Preisabbaues kann also gar keine Rede sein.

Der Lohnabbau ist sofort wirksam. Aber auch hier ist den Verfassern der Notverordnung ein „Irrtum" unterlaufen.

Der Lohn soll auf den Stand von 1927 gesenkt werden. Aber der Reallohn ist bereits um mindestens 25 Prozent unter dem Reallohnstand von 1927.

Und da der Reallohn von 1927 noch unter der Nachwirkung der Inflation und der ersten Rationalisierungskrise sich befand und unter dem Friedensdurchschnitt stand, so bedeutete eine weitere Senkung der Löhne eine Verelendung der deutschen Arbeiterklasse schlechthin.

Aber die heutige Arbeitsleistung ist nicht die der Vorkriegszeit. Die Intensivierung der Arbeit hat ungeheure Fortschritte gemacht, und das Herabdrücken des Arbeitslohnes unter den Friedensstand bedeutet daher eine ungeheuer vermehrte Ausbeutung der Ware Arbeitskraft.

Beinahe noch schlimmer ist, daß diese Verelendung der Massen noch nicht einmal dem deutschen Kapitalismus über den Berg, vielmehr über den Abgrund hilft. Die schematische Preissenkung und noch mehr die erhöhte Umsatzsteuer wird die Betriebskonzentration verstärken und zweifellos eine Anzahl von Betrieben zum Erliegen bringen.

Die Arbeitslosigkeit wird also gesteigert,

statt verringert. Nimmt man noch die Störungen hinzu, die durch die Zinsabwertung festverzinslicher Werte, — die doch Verpflichtungen auf bürgerliche Treue und kapitalistischen Glauben sind —, im ganzen Kreditaufbau des kapitalistischen Systems entstehen müssen, bedenkt man insbesondere, daß nach allen bisherigen Erfahrungen im Krieg, in der Inflation der deutsche Sparer es satt haben dürfte, sein Geld in „festen" Werten anzulegen, so ergibt sich, daß der deutsche Kapitalismus — isoliert schon vom Auslandskapital — eine

weitere Schrumpfung und in ihrem Gefolge eine vermehrte Arbeitslosigkeit

erfahren muß.

Aus dem Elend der Arbeiter läßt sich nicht einmal eine kapitalistische Wirtschaft erhalten. Den Vorsprung der ausländischen Zollmauern und Währungsherabsetzungen wird der deutsche Kapitalismus auch auf dem Wege schärfster Lohnherabsetzungen nicht aufholen können. Er reiht sich damit nur ein in die Reihe der zerstörenden Maßnahmen, die die Zersetzung des Weltkapitalismus beschleunigen.

Die erste Aktion

— natürlich gegen Arbeiter

Hamburg, 11. Dezember

Die Polizei unternahm am Donnerstag abend im Stadtteil Barmbek eine Razzia, bei der eine geheime Versammlung der KPD ausgehoben und sämtliche 80 Teilnehmer festgenommen wurden. Es handelt sich hierbei um die erste große Polizeiaktion im Rahmen der neuen Notverordnung.

Die erste Aktion... Und Kommunisten dürfen also im Deutschland des Weihnachtsfriedens nicht einmal mehr unter sich zusammenkommen. Tun sie das, so ist ihre Versammlung „geheim" und wird „ausgehoben". Lassen sie aber Fremde herein, so ist die Versammlung öffentlich und wird — verboten.

Brünings Weihnachtsfriede

Zusammenstoß mit Kommunisten — Ueberfall auf ein Kaffee

In der letzten Nacht herrschte in Berlin alles andere als „Weihnachts-Burgfrieden". An verschiedenen Stellen kam es zu blutigen Schießereien, bei denen mehrere Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden. Ueber 100 Sistierte, darunter zahlreiche Nationalsozialisten und Kommunisten, wurden beim Polizeipräsidium eingeliefert, 77 allein von einer Schießerei, die sich in der 10. Abendstunde an einem nationalsozialistischen Verkehrslokal in der Posener Straße ereignet hatte. Dort kam es zu einer schweren Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Tote sind nicht zu beklagen. Ein starkes Polizeiaufgebot griff ein. An Ort und Stelle wurden 60 Personen aus beiden politischen Lagern festgenommen. Bei einer Durchsuchung des nationalsozialistischen Lokals fand man mehrere Pistolen, Trommelrevolver, Gummiknüppel und Totschläger. Im Anschluß daran wurden noch mehrere kommunistische Verkehrslokale in der Nähe durchsucht und dabei 13 Kommunisten festgenommen. Waffen fand man in den kommunistischen Lokalen nicht.

Nachts gegen 1 Uhr kam es wieder zu einer Schießerei, und zwar in dem Café Erban in der Friedrichstraße. Fünf SA-Leute, die dem Sturm 17 angehören, drangen in dieses Lokal ein und gaben eine Anzahl Schüsse ab, durch die aber niemand verletzt wurde. Zwischen den Gästen des Cafés und den eingedrungenen Nationalsozialisten kam es dann zu einer wüsten Schlägerei, in deren Verlauf ein 42jähriger Händler schwer verletzt wurde.

Hitler will Hindenburg erobern

Er läuft Sturm gegen Hindenburgs Vorzimmer. — Das Intrigenspiel Hitler-Brüning. — Steht ein Kompromiß in der Präsidentschaftsfrage bevor? — Spielt die SPD Hitlers Spiel?

Berlin, 11. Dezember.

Adolf Hitler, der sich von seinen Anhängern „Der Führer" nennen läßt, ist seit gestern wieder in Berlin, wo er, wie sich's für einen „Arbeiterführer" von selbst versteht, im „Hotel Kaiserhof" abgestiegen ist.

Die Pressenachrichten, wonach er heute vom Reichspräsidenten empfangen werden würde, führten irre. Nach unserer Information hat Hitler vom Büro des Reichspräsidenten noch keine Einladung zur Audienz empfangen, obwohl er durch Hauptmann a. D. Goering und andere „Beauftragte" beim Staatssekretär Meißner dieserhalb hat Sturm laufen lassen. Wie wir hören,

hält sich Hitler im Hotel aber bereit, einem Ruf aus dem Präsidentenhause sofort zu folgen,

falls er ergehen sollte. Hitlers neuer Besuch in Berlin kennzeichnet die Situation. Die nationalsozialistische Führung setzt zum letzten Sturmangriff an.

Allem Anschein nach sieht sie in der Situation, wie sie sich nach der Verkündung der Notverordnung gestaltet, eine geeignete Bresche, durch die hindurch gegangen werden kann, um **jetzt die sozusagen parlamentarische Position der Regierung zu sprengen und im gleichen Zug mit der Auflösung des Reichstags Neuwahlen zu erzwingen.**

Es darf aber nicht an dem Umstand vorbeigegangen werden, daß sich Hitlers so ausnehmend günstige Stellung dem Kanzler Brüning gegenüber in den letzten beiden Wochen recht verschlechtert hat. Er scheint geglaubt zu haben, durch seine direkte Einwirkung **auf den Reichspräsidenten und in Ausnutzung des guten persönlichen Eindrucks,** den er auf Hindenburg gemacht haben soll, den Reichskanzler vom Reichspräsidenten zu isolieren und unleugbar hat Brüning sich gerade auf den Wunsch des Reichspräsidenten hin, dem die Sammlung aller nationalen Kräfte unter Ausschluß Hugenbergs eine Art Herzenssache bedeutet,

zu gewissen Zugeständnissen an Hitlers Forderungen bereit finden lassen.

Voraussetzung für diese Zugeständnisse, deren bedeutsamstes das grundsätzliche Einverständnis mit der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten vorstellt, war immer die bisher formal noch ausstehende Zusage Hitlers, die nationalsozialistische Reichstagsfraktion für die Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs um mehr als ein halbes Jahr stimmen zu lassen.

An die Erfüllung der von Hitler aufgestellten Forderung: Erst Reichstagsneuwahl — dann Regierungsübernahme! — hat dagegen Brüning, wie wir zuverlässig wissen, bisher nicht gedacht.

Die neu aufgelebte Diskussion um die Ansetzung **eines Wahltermins für die Reichspräsidentenwahl ruft jetzt Hitler wieder auf** den Plan. Er denkt, wie man uns versichert, daran, ein Kompromiß mit Brüning für kurze Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs und Neuwahlen zum Reichstag jetzt zustande zu bringen.

Wir erwähnten **vorher schon, daß Hitlers** Position gegenüber dem Partner seines Spiels, dem Reichskanzler, sich erheblich verschlechtert hat. Die Ursache hierfür liegt in der **Verstimmung des Reichspräsidenten über Hitlers Auftreten vor den Auslandskorrespondenten im „Kaiserhof". Brüning hat die Verstimmung taktisch äußerst geschickt genutzt. Seine Radiorede vom Dienstag mit ihren Wort-Ausfällen gegen den nationalsozialistischen Parteiführer zog die Konsequenzen aus** der abgeschwächten Sympathie des Reichspräsidenten.

Es unterliegt heute wohl keinem Zweifel mehr, daß auch Brünings Spiel mit Hitler von Intrigen nur so durchsetzt ist.

Des Kanzlers Rechnung zielt offenbar dahin, den nationalsozialistischen Führer als bereitgestellte Reserve für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen in der Hinterhand zu haben

und sich nur unter Hitlers Druck dem Ausland zu präsentieren.

Wirtschaftlich und finanziell soll die Notverordnung — das hat er vor der Berliner Presse offen ausgesprochen — ihm die Rückzugsstraße aus den internationalen Konferenzen sichern helfen.

Auch er spielt mit dem Hintergedanken, den auch Hitler hegt: den Partner zu betrügen.

Wenn **die** Schuldenkonferenz gut oder **auch nur mit erträglichen** Ergebnissen geendet hat, und wenn danach die Abrüstungskonferenz sich **erfolgreich** anläßt, was in **Brünings und Groeners Sinne** natürlich bedeutet, **daß sie scheitert, so darf** Brüning hoffen, danach ohne Hitler auszukommen und **die Nationalsozialisten weiter von der Macht auszuschließen.**

Ob die Rechnung aufgehen wird, kann heute natürlich nicht entfernt vorausgesehen werden.

Hitlers Aussichten sind auch gegenwärtig noch so übermächtig, daß weit eher mit einem mehr oder weniger vollständigen Erfolg seines Planes zu rechnen ist.

Er geht dahin, die Präsidentschaft Hindenburgs für kurze Zeit verlängern zu helfen,

während der Zwischenzeit **seine Partei in die Regierung zu führen und nach einem oder fünfzehn Monaten seine eigene Kandidatur für die Reichspräsidentschaft aufzustellen** und durchzubringen.

Diesem Plan gelten alle Vorbereitungen von heute und morgen.

Er kann nur gelingen, wenn die Sozialdemokratie, deren Furcht vor Neuwahlen kaum vorstellbar groß ist und die hierin keinen Unterschied von Reichstags- und Präsidentschaftswahlen kennt, sich für die Verlängerung der Präsidentschaft Hindenburg breitschlagen läßt und mit der Stimmabgabe ihrer Fraktion die Zweidrittelmehrheit hierfür ermöglicht.

Läßt sich die SPD zu solcher Haltung bewegen, so spielt sie Hitlers Spiel!

Der Reichstag soll zu Hause bleiben

SPD täuscht die Arbeiter

Berlin, 11. Dezember

Die im „Vorwärts" (Spätausgabe) am Donnerstag verbreitete Nachricht, der Reichskanzler habe vom Reichspräsidenten die Genehmigung zur Auflösung des Reichstags für den Fall von dessen Einberufung erbeten und werde sie auch erhalten, ist von uns schon als der Ausfluß der Riesenangst charakterisiert worden, die innerhalb des führenden Kreises der SPD vor der mit Neuwahlen unausweichlich verbundenen Offenbarung des Niedergangs der sozialistischen Partei herrscht.

Heute greift auch das „Berliner Tageblatt" die „Vorwärts"-Nachricht auf und bespricht sie ebenfalls außerordentlich skeptisch unter der Ueberschrift „Bedenken der SPD". Es ist ungemein charakteristisch, wenn das demokratische Blatt schreibt:

„Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Fraktionsvorstand der Fraktion ungeachtet der Bedenken empfehlen wird, in Berücksichtigung der Folgen eines politischen Konflikts gegen die Einberufung des Reichstags einzutreten."

Augenscheinlich stellt der Reichskanzler die **ihm bekannte Furcht der Sozialdemokraten** vor der Auflösung des Parlaments unbedenklich in den Dienst einer Bluff-Taktik. Ist doch auch das Zentrum an der Auflösung des Reichstags keinesfalls interessiert, die mit **darauf folgenden Neuwahlen zwar der katholischen Partei direkt kaum nennenswerte Verluste bringen, aber deren bürgerliche Koalitionsgenossen vernichtend schwächen müßte und andererseits das jetzt schon spürbare Uebergewicht der Nationalsozialisten möglicherweise entscheidend verstärken würde.**

Im Aeltestenrat, dessen Sitzung nach Loebes Beschluß vom Freitag dieser auf den Mittwoch nächster Woche verschoben worden ist, liegt die Entscheidung über Einberufung oder Nicht-Einberufung des Reichstags nunmehr bei der Wirtschaftspartei, deren Fraktion sich bereits am Donnerstag nachmittag über ihre Stellungnahme beraten hat. Daß auch sie ihre Vertreter im Aeltestenrat nicht für die Zusammenrufung des Reichstagsplenums stimmen lassen wird, scheint nach den jüngsten Vorgängen im Rahmen dieser immer stärker zerfallenden Partei gewiß.

Dazu kommt, daß die Interessenvertreter des Kleingewerbes und Handwerks durch mehrere Bestimmungen der Not-Verordnung vom 8. Dezember wirtschaftliche Vorteile erhalten haben, von denen hier nur auf den im vierten Teil, Kapitel IV vorgesehenen Fonds in Höhe von 20 Millionen Mark verwiesen sei, der zur Rationalisierung des gewerblichen Genossenschaftswesens Verwendung finden soll.

Für die Sozialdemokratie bedeutet ja auch der Hinweis auf die drohende Auflösung des Reichstags nichts anderes als einen Vorwand, um die Tolerierung der Regierung Brüning trotz aller Empörung in den Reihen der Mitgliedschaft mit dem Argument fortführen zu können, daß sonst der „Ausnahmezustand" unvermeidlich sei und mit ihm noch schwerere Beeinträchtigungen der „Rechte" der Arbeiterschaft.

Dieses Treiben muß durchkreuzt werden.

Die SPD faßt keine Beschlüsse

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag nachmittag eine Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden; sie bleiben der Fraktionssitzung vorbehalten, die am kommenden Montag stattfindet.

Rücktritt des japanischen Kabinetts

Auch für eine „Nationalregierung"

Tokio, 11. Dezember.

Das japanische Kabinett hat in einer Nachtsitzung seinen Rücktritt beschlossen. Die Gründe für diesen Schritt sind in Meinungsverschiedenheiten über die Bildung eines Nationalkabinetts zu suchen. (Je reaktionärer, desto „nationaler" das Kabinett! Red.)

Das Hornberger Schießen

TU. Paris, 10. Dezember.

Der Völkerbundsrat hat am Donnerstag nachmittag seine außerordentliche Pariser Tagung abgeschlossen.

Der japanische Vertreter Joschisaka erklärte, daß seine Regierung den Entschließungsentwurf annehme, daß sie sich aber vorbehalte,

in der Mandschurei alle Maßnahmen zu treffen, die zum Schutz der japanischen Bürger notwendig erscheinen.

Diese Maßnahmen beträfen natürlich nur Ausnahmefälle und würden in dem Augenblick zurückgezogen, wo geordnete Verhältnisse eingetreten seien.

Anschließend daran brachte auch der chinesische Vertreter Dr. Szé eine Reihe von Vorbehalten zur Kenntnis. Er wies auf die Notwendigkeit einer sofortigen Räumung hin und erklärte,

seine Regierung könne nicht dulden, daß die Polizeigewalt in der Mandschurei von irgendeiner anderen Macht als von China selbst ausgeübt werde.

Anschließend nahmen die einzelnen Mitglieder des Rates kurz zu der Entschließung und zu den von beiden Parteien vorgebrachten Vorbehalten Stellung.

Macdonald „siegt" dauernd

Tadelsvotum im Unterhaus abgelehnt.

Im Unterhaus wurde das von der oppositionellen Arbeiterpartei eingebrachte Tadelsvotum gegen die Regierung mit 439 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Hoovers außenpolitische Botschaft

Kein Schuldennachlaß Amerikas

Washington, 10. Dezember.

Hoovers außenpolitische Sonderbotschaft an den amerikanischen Kongreß enthält folgende drei Hauptpunkte: Er fordert die Ratifizierung des Schuldenfeierjahres bis zum 15. Dezember, schlägt die Wiedereinsetzung des Kriegsschuldenausschusses vor und stellt die Notwendigkeit weiterer zeitweiliger Zugeständnisse fest. Zugleich unterstreicht Hoover erneut,

daß er eine Schuldenstreichung nicht billige

und empfiehlt wiederum den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof. Die Notwendigkeit weiterer Rüstungseinschränkung wird gleichfalls betont.

Die Abmachungen mit den alliierten Schuldnern seien auf einer Grundlage getroffen worden, die nichts mit den deutschen Reparationen zu tun habe.

Die Reparationsfrage sei daher notwendigerweise eine rein europäische Angelegenheit, an der Amerika unbeteiligt sei.

Hoover verwies dann in wenigen Worten auf die Besuche Lavals und Grandis, die den Regierungen die willkommene Möglichkeit geboten hätten, die gegenseitigen Auffassungen kennen zu lernen. Zur mandschureifrage übergehend, hob Hoover hervor, daß die Vereinigten Staaten als Mitunterzeichner des Kelloggpaktes und des Neunmächtevertrages die Mitverantwortung für die Aufrechterhaltung der Integrität Chinas und des Friedens im Fernen Osten trügen. Im Interesse der amerikanischen Politik sei es gewesen, den Völkerbund bei seinen Bemühungen zur Beilegung des fernöstlichen Konflikts zu unterstützen, und zu beraten, anstatt unabhängig vorzugehen. Indessen habe die Washingtoner Regierung sich stets völlige Urteils- und Aktionsfreiheit bezüglich etwaiger Maßnahmen des Völkerbundes vorbehalten.

Beilage zur SAZ

1. Jahrgang Nr. 35
Sonnabend, 12. Dezember 1931

Großkampftag in Moabit

Der Nazi-Mord in der Hufelandstraße — Reins-Prozeß — Fall Dubral

Zwei Prozesse

F. R. Berlin, 11. Dezember.

In Moabit ist großer Tag. Im großen Schwurgerichtssaal wird der Mordprozeß Reins verhandelt und ihm gilt hauptsächlich das Interesse. Vor dem Portal harrt eine Menschenschlange, ob vielleicht doch ein Platz frei werden könnte. Vor dem Verhandlungssaal sind Schupos postiert und fragen neugierig, ob es recht interessant sei. Es ist die große Sensation, dieser Prozeß, er ist der faule Geruch des Milieus, in dem dieser Mord geboren wurde, der lockt. Wenige Minuten vom Kurfürstendamm wohnte die Familie Reins, die Mädchen degeneriert, zur Gelegenheitsprostitution verdammt, der Bruder jahrelang auf das Glückslos wartend, bis er das eingenähte Bleirohr in die Tasche steckt und auszieht, einen andern Proletarier, den Geldbriefträger, zu überfallen und zu berauben. Nichts besonderes in dieser traurigen Zeit, ein Prozeß wie viele, aufgebauscht durch seine abenteuerlichen Begleitumstände, zurechtgemacht vom Sensationskitzel. Juristisch geht es um die für die Oeffentlichkeit unwichtige Frage, wann und wieviel Mutter und Schwestern von dem Verbrechen des Bruders erfahren haben.

Da sitzt diese Mutter, eine geduckte Proletarierin, die in all den Jahren gelernt hat, die Augen vor dem zu verschließen, was ihre Kinder taten. Sie hatte die Hauptlast des Haushalts zu tragen, am besten kennzeichnet wohl das ganze Milieu ihre leise Bemerkung, daß sie den Kindern verheimlicht hatte, daß ihr der Untermieter das Geld für die Miete schon gegeben hatte, — sie verheimlichte es, „weil die Kinder alle nichts zum Unterhalt beitragen wollten". Proletarische Solidarität kannte diese Familie nicht im eigenen Stall, zu der Arbeiterklasse und ihrem sozialen Kampf hatte sie keine Beziehungen, das Zusammenleben basierte auf dem dauernden Kampf zwischen dem Egoismus der einzelnen Familienmitglieder, und vor Gericht halten sie gerade soweit zusammen, als notwendig ist, um sich möglichst günstig aus der Schlinge zu ziehen. Dafür hat das breite Publikum Interesse, hier riecht es nicht nach Politik und Klassenkampf, sondern nach dem stinkenden Modder von Außenseitern der Gesellschaft, die nirgends hingehören und deshalb auf so weitgehende öffentliche Sympathien stoßen, daß man den armen Briefträger am Ende darüber vergißt. Die ganze Brüchigkeit und Verlogenheit unserer sogenannten öffentlichen Rechtspflege zeigt sich in diesem Prozeß genau so wie die Instinktlosigkeit dessen, was man die öffentliche Meinung zu nennen pflegt, die sich in diesem Saal in 38 Pressevertretern wichtig macht.

Ganz anders sieht es im kleinen Schwurgerichtssaal von Moabit aus, wo an diesem selben Vormittag, der die Zeugenvernehmung im Reins-Prozeß erlebte, den Beginn eines politischen Prozesses sah, des Prozesses gegen die nationalsozialistischen Mörder zweier Reichsbannerarbeiter in Berlin. Hier gibt es keinen Andrang des Publikums, hier brauchte die Justizpressestelle keine besonderen Karten auszugeben, hier sind sie nicht herbeigeeilt aus fern und nah, um ihr klein- und großbürgerliches Publikum mit Sensationsfutter zu versorgen. Zwei Reichsbannerarbeiter totgeschlagen, was ist schon weiter dabei? Hier stinkt es nicht nach ungelüfteten Betten in Berlin und Genua, hier gibt es keine blonde Inge und Mitwisserin Sophie.

Da sitzen die Angeklagten, diese Vorkämpfer des „Dritten Reiches", und man kann sie deutlich in zwei grundverschiedene Lager teilen. Die einen stehen stramm und schlagen die Hacken zusammen, das sind die Unteroffiziersseelen und gewesenen oder verhinderten Feldwebel, die in der NSDAP ihre Ersatzbefriedigung finden. Zu ihnen gehört der Privatförster Bressel, der Werkmeister Ernst Porath, der Vertreter und Kaufmann Weber. Stehkragenproletarier und Vollziehungsbeamte ihrer fürstlichen und sonstigen Herrn. Preußische Staatsangehörige, mit den Stockprügeln des alten Fritz in der Erbmasse. Die anderen sind die verführten Proletarier. Da sitzt der arbeitslose Maurerlehrling Hans Kollatz, einer der Hauptangeklagten, mit seinem schmalen, infantilen, etwas verkniffenen Gesicht. Etwas weiter der Maler Max Hanschke, ein gesunder Brocken, dem das Raufen Freude macht und das Schießen anscheinend ebenso. Er denkt wohl nicht gerne und viel darüber nach, was man von ihm verlangt. Diese beiden haben nach der Anklage die tödlichen Schüsse abgegeben, sie taten, was man ihnen in hundert Abteilungsversammlungen und bei allen Exerzierübungen ihrer SA beigebracht hat. Sie taten das in der Erwartung, daß gegen Nationalsozialisten in Deutschland nicht scharf geschossen wird — auch nicht durch Gerichtsurteile. Sie flohen nach der Tat auf bekannten Verbindungswegen, sie wurden im Ausland verhaftet und ausgeliefert, bevor der Sprung nach Italien glückte. Aber sie machen auch jetzt in der Verhandlung nicht den Eindruck, als ob sie große Befürchtungen über den Ausgang hätten.

Wenn man danach schließen will, daß der Gerichtsvorsitzende am ersten Tage der Verhandlung den angeklagten Privatförster Bressel, den Scharführer der SA, die den Mord beging, lang und breit erzählen ließ von der dreifachen Uebermacht, die sie überfallen habe und davon, daß die Straße schwarz von Menschen gewesen sei, die 4—5 harmlose Nationalsozialisten verfolgten, wenn man die Selbstgefälligkeit dieses „geborenen Nationalsozialisten" beobachtete, mit dem er moralische und politische Werturteile gegen die Organisation der Ermordeten abgab, ohne einmal dabei gestört zu werden, kann man diese Zuversicht der Angeklagten verstehen.

Der Prozeß gegen die Nazi-Mörder

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rückert fand Freitag vormittag der Prozeß gegen die Reichsbannermörder aus der Hufelandstraße statt. Bekanntlich wurden in der Silvesternacht die Reichsbannerleute Willy Schneider und der Bankbeamte Graf durch Nationalsozialisten ermordet.

Angeklagt sind der Förster Bressel, Sturmführer der SA, der Maurerlehrling Collatz, der Handlungsgehilfe Becker, der Maler Hanschke, der Werkmeister Porath und Weber. Die Anklage gegen Becker und Hanschke lautet auf Totschlag, gegen Collatz, Porath und Weber auf Begünstigung, gegen Collatz außerdem auf Beihilfe und Urkundenfälschung beim Grenzübertritt nach Kufstein, gegen Bressel auf Vergehen gegen das Schußwaffengesetz.

Der Saal ist ausschließlich gefüllt von Nationalsozialisten, die nach Schluß der Verhandlung die Angeklagten ungerügt mit dem faschistischen Gruß grüßen. Einer der Angeklagten ist ebenfalls unbeanstandet in Hitleruniform erschienen.

Der Angeklagte Bressel erklärt auf Befragen, wie er zur NSDAP kam: **„Ich bin geborener Nationalsozialist".** Er gehörte zu den Gründern der Ortsgruppe Hirschberg des „Vereins nationalgesinnter Soldaten", nachdem dieser Verein nach dem Rathenaumorde aufgelöst wurde, trat er 1924 dem Stahlhelm bei, im Jahre 1930 hörte er von dem Morde an „dem unvergeßlichen Führer Horst Wessel" und las in der Zeitung dessen Biographie. „Und da sagte ich mir", fuhr Bressel fort, „Dein Platz ist auch in den Reihen der Partei, der dieser Mann gedient hat." Er mußte sich zunächst hinten anreihen, wurde später SA-Mann und dann Sturmführer.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden schildert er dann ausführlich die Vorfälle in der Silvesternacht. Er war zuerst mit einigen SA-Leuten in einem Verkehrslokal in der Braunsberger Straße. Sie gingen später in das Lokal Kirschke in der Hufelandstraße, um noch mit anderen Kameraden auf das neue Jahr anzustoßen. Er betont noch, daß alle SA-Leute „vollkommen nüchtern und bei klarem Verstand" gewesen sind.

Plötzlich kam durch die Tür der SA-Mann Collatz geflogen. Beim Oeffnen der Tür stellte sich heraus, daß das Lokal von Reichsbannerleuten umringt war, die angeblich mit Gummiknüppeln, Totschlägern und ähnlichen Werkzeugen bewaffnet waren. Die Wirtin forderte nun die Nazis auf, das Lokal zu verlassen. Auf Fragen des Vorsitzenden, warum die Wirtin, die auf Nazikundschaft angewiesen war, eine so resolute Haltung einnahm, erwiderte Bressel: „Die Frau war eben keine Kämpfernatur. Die stellte ihre materiellen Interessen über ihre idealistische Gesinnung."

Die Reichsbannerleute forderten angeblich Einlaß und verlangten, daß die Nazis das Lokal verließen. Da das Reichsbanner angeblich in der Uebermacht war, wurde die nahegelegene Wache des „Angriff" zur Hilfeleistung angerufen. Die Nazis verließen durch den hinteren Ausgang das Lokal, dort soll angeblich ein SA-Mann mißhandelt worden sein.

Da das Reichsbanner angeblich neuen Zuzug bekam, schoß Bressel, wie er sagt „mit vollster Ueberlegung und mit ganz klarem Verstand". **„Ich gab nur einen Schreckschuß ab, da ich niemand verletzen wollte.** Es handelte sich doch immerhin um deutsche Volksgenossen." Das Reichsbanner ließ dann von uns ab, und die Nazis fuhren mit einer Autotaxe nach der Filiale des „Angriff".

Sie haben dann beschlossen, sich im „Angriff" aufzuhalten bis zur Dämmerung, um am frühen Morgen in ein Café zu gehen. Erst am Nachmittag habe er erfahren, daß sein „Kamerad" Becker verhaftet worden sei. Er sei sehr erstaunt darüber gewesen. Zu dieser ganzen unwahrscheinlichen Darstellung hat der Staatsanwalt Fischer bezeichnenderweise nicht eine einzige Aufklärung von dem Angeklagten zu fordern. Es kommt dann die Beschwerde des Rechtsanwaltes Joachim über die Nichtzulassung der Nebenklage des Reichsbanners zur Sprache. Die Verhandlung wird zur Beschlußfassung über diese Beschwerde auf Sonnabend, 9.30 Uhr, vertagt.

Mordprozeß Reins

Nachdem zu Beginn der Freitag-Verhandlung vom Vorsitzenden die Vernehmung der Schwester des Reins, die von dem Pädagogen Kawerau als notwendig bezeichnet wurde, abgelehnt worden war, ging man zur Vernehmung der Zeugin Möbius über, in deren Wohnung die Tat sich abgespielt hat. Ihre Aussagen wurden Reins entgegengehalten, der aber dabei verharrte, die volle Wahrheit gesagt zu haben. Während der dann folgenden Vernehmung des Kriminalkommissars kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger Rechtsanwalt Jaffé, da der Verteidiger sich darüber beschwerte, daß die polizeilichen Protokolle in der Verhandlung vorgelesen wurden. Die Freundin von Reins sagte aus, daß sie ihn nur als anständigen, aber sehr verschlossenen Menschen kennen gelernt habe. Die Mutter Reins' sagte aus, sie habe nach der Tat einen Betrag von 2000 Mark gefunden, den ihr Sohn zurückgelassen habe. In der Befürchtung, daß es sich um unrechtmäßiges Geld handle, habe sie es versteckt gehalten.

Die beiden Obduzenten der Leiche erklären, daß der Kampf zwischen Reins und dem Geldbriefträger sich wahrscheinlich so zugetragen habe, wie Reins schilderte. Der Tod sei durch Erwürgen eingetreten.

Darauf wurde die Verhandlung vertagt.

Der Fall Dubral

Ein vorbildlicher Kriminalkommissar

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte kam nunmehr auch der Prozeß des Kriminalkommissars Dubral zur Verhandlung, der sich wegen vielfachen Betruges und Amtsmißbrauches zu verantworten hatte.

Anfänglich wurde gegen Dubral auch die Anschuldigung der Bestechung und des Meineides gerichtet, allerdings hat sich dafür kein ausreichendes Material vorgefunden, und die Anklage in diesen Punkten wurde eingestellt.

Aber in allen anderen Punkten ist der Fall ein glänzendes satyrisches Stimmungsbild. Die Unantastbarkeit der Staatsgewalt, die selbst der harmloseste Kriminalkommissar repräsentiert, die Gottähnlichkeit seiner Rangabzeichen — alles das spiegelt der Fall Dubral im erheiternden Maße wieder.

Hier hat einer der Männer, deren Wort in diesem Staat zehnfache Gültigkeit hat — man denke an Zeugenaussagen von Polizeibeamten, die jeden Gegenzeugen glaubhaft über den Haufen schwören — hier hat einer sich ungeschickterweise erwischen lassen, und die Mitwelt steht staunend vor ihrem jäh demolierten Idol in Uniform.

*

Dubral hat in 23 Fällen eine Reihe seiner Untergebenen sowie Geschäftsleute aller Art durch Vorspiegelungen zu Darlehen bewegt und Beträge von 50 bis 1000 Mark herausgeschlagen. Mit den erschwindelten Beträgen bezahlte er die Ausgaben und Schulden seines ziemlich ausgedehnten kommissarischen Lebenswandels.

Das Urteil quittiert nun die Unkorrektheiten dieses vorbildlichen Staatsdieners mit

9 Monaten Gefängnis

wegen vollendeten und versuchten Betruges und versuchter Erpressung.

Im Ford-„Paradies"

Revolte der hungernden Massen

Die große Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten hat zu einer starken Radikalisierung des Proletariats geführt. So kam es kürzlich in der Fordstadt Detroit zu Krawallen, bei denen die Polizei mit derselben Brutalität vorging, wie in den Landen Severings und MacDonalds.

Der Kapitalismus nährt das Verbrechen

Wieder ein Raubmord.

Kassel, 10. Dezember.

Die in der Walther Rathenau-Straße in Oberzwehren bei Kassel wohnende 77 Jahre alte Försterswitwe Elise Rösler wurde heute in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Da die Leiche eine kleine Stichwunde aufweist und außerdem eine Geldkassette in der Wohnung fehlen soll, nimmt man an, daß die Greisin ermordet worden ist.

Die Geschichte einer Vierzigstundenwoche

Kapitalistisches aus SPD-Betrieben

Im Anfang des Jahres 1931 fanden im Buchdruckgewerbe Lohnverhandlungen statt. Die Unternehmer forderten Lohnkürzung, die Gewerkschaften die 40-Stunden-Woche.

Wahrscheinlich um die Unterhändler der Arbeiterschaft zu stützen, fand in dieser Zeit in Berlin eine Tagung der Geschäftsführer sozialdemokratischer Parteibetriebe statt. Als Ergebnis dieser Tagung wurde eine Erklärung herausgegeben des Inhalts, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich im Buchdruckgewerbe durchaus möglich sei, wenn — — — das ganze Gewerbe diese Maßnahme zur Durchführung bringen würde.

Die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe endeten Anfang Februar mit einem Schiedsspruch, der den Arbeitern einen Lohnabbau von 6 Prozent brachte.

Bevor der Schiedsspruch gefällt war, waren im Vorwärtsbetrieb zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung Verhandlungen eingeleitet, mit dem Ziel, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu senken, damit durch Neueinstellung im Maße der Arbeitszeitverkürzung der Arbeitsmarkt entlastet werde. Als Verhandlungsgrundlage sah die Belegschaft einen Lohnausgleich von 50 Prozent als gerecht und durchführbar an. Diese Verhandlungen zogen sich in die Länge, da die Geschäftsleitung in der Frage des Lohnausgleichs keinerlei Entgegenkommen zeigte. Infolge dieser Verhandlungen wurde der Schiedsspruch in der Vorwärtsbuchdruckerei zunächst nicht durchgeführt. Die Geschäftsleitung kündigte aber an, daß sie den Lohnabbau durchführen werde, wenn bis zum 28. Febrar kein positives Ergebnis der Verhandlungen vorläge.

Grundsätzlich war die Geschäftsleitung bereit, die 40-Stunden-Woche einzuführen, aber nur, wenn die Belegschaft auf jeden Lohnausgleich verzichten würde.

Durch das Verhandlunggeschick des Betriebsrats wurde, da die Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung sich immer länger hinauszogen, die Durchführung des Schiedsspruches solange, wie die Verhandlungen liefen, verhindert, obwohl die Geschäftsleitung auf die Lohnkürzung drängte. Zudem waren zu diesen Verhandlungen inzwischen auch die Vorstände der beteiligten Verbände hinzugezogen.

Die Belegschaftsmitglieder gingen infolge der Halsstarrigkeit der Geschäftsleitung in ihrer Forderung auf Lohnausgleich auf 50 Prozent zurück, d. h., sie waren bereit, zugunsten der neu Einzustellenden 75 Prozent des Lohnausfalles zu tragen, während der Betrieb 25 Prozent übernehmen solle. In dieser Situation veröffentlichte der „Vorwärts" — wahrscheinlich wußte die Redaktion nicht, was im eigenen Hause vorging — zum Leidwesen der Geschäftsleitung, daß die Buchdruckwerkstätten, die Eigentum des Buchdrucker-Verbandes sind, die 40-Stunden-Woche mit 40 Proz. Lohnausgleich eingeführt haben. Die Redaktion bezeichnete diese in der Ueberschrift ausdrücklich als ein

„Nachahmenswertes Beispiel."

Wie ahmte nun der Vorwärtsbetrieb dieses Beispiel nach? Die Verhandlungen zwischen Betriebsrat nd Gewerkschaftsvertretern einerseits und der Geschäftsleitung des größten SPD-Druckereibetriebes andererseits gingen nach ½jähriger Dauer in einer Sitzung im Gauvorstand der Buchdrucker zu Ende. Im Protokoll über diese Sitzung wurde ausdrücklich vermerkt, daß

die Verhandlungen über die Einführung der 40-Stunden-Woche im Vorwärts gescheitert seien, weil die Geschäftsleitung des Vorwärts in der Frage des Lohnausgleichs jedes Entgegenkommen vermissen ließ.

Nach Scheitern der Verhandlungen wurde der Lohnkürzungsschiedsspruch im Oktober nächst zur Hälfte, seit November voll durchführt.

In ähnlicher Art wurde im gesamten Bereiche der Konzentration, der Dachgesellschaft der SPD-Betriebe die Frage der 40-Stundenwoche behandelt, mit dem Ergebnis, daß

die Arbeitszeitverkürzung entweder überhaupt nicht, oder ohne jeden Lohnausgleich durchgeführt wurde.

Nach welchen Gesichtspunkten die Frage der 40-Stunden-Woche von der SPD in ihren Betrieben überhaupt behandelt wird, gibt die verwundene Erklärung des Berichterstatters Friedrich Bartels auf dem Leipziger Parteitag wieder. Im Protokoll vom Leipziger Parteitag heißt es unter: Bericht des Parteivorstandes auf S. 247:

„Um Personaleinschränkungen zu vermeiden, haben wir uns bemüht, die von uns empfohlene 40-Stunden-Woche auch in unseren Betrieben durchzuführen. Das ist bisher nur mit geringem Erfolge möglich gewesen, da eine Einigung mit dem Personal über den damit verbundenen Lohnausfall schwer zu erzielen ist und die Finanzverhältnisse unserer Geschäfte es vielfach nicht gestatten, in dieser Beziehung großes Entgegenkommen zu zeigen, zumal die Löhne unserer Druckereien meist erheblich über Tarif liegen. Andererseits ist das eine Maßnahme, die sich angesichts des Erwerbslosenheeres nötig macht, und die auch vom Vorstand des ADGB allgemein für die Betriebe der Arbeiterschaft empfohlen wird.

Hierzu noch ein Kommentar zu bringen, heße Eulen nach Athen tragen.

Uebertarifliche Löhne werden dazu nicht nur in SPD-Druckereien, sondern auch in bürgerlichen Zeitungsbetrieben gezahlt; gelang es doch vor ca. einem Jahre den Rotationsdruckern im Vorwärts, eine Lohnerhöhung zu erzwingen, weil sie nachweisen konnten, daß

in bürgerlichen Zeitungsbetrieben die Rotationsdrucker besser bezahlt

wurden. Daß man seitens der SPD nicht will, erkennt man daraus, daß man von der früher mit starken Worten geforderten Verkürzng der **Arbeitszeit** mit Lohnausgleich nur noch von einer empfohlenen Maßnahme zu sprechen beliebt. —

Im Laufe der Entwicklung wurde die Vorwärtsbuchdruckerei immer abhängiger von Lohndruckaufträgen und damit auch sehr anfällig für Krisenerscheinungen. Das wirkt sich auf die Belegschaft in Form von Kündigungen und Entlassungen aus.

Die Praxis der Arbeitszeitverkürzung wird nun im „Vorwärts" so gehandhabt:

Wenn in den einzelnen Abteilungen Belegschaftsmitgliedern gekündigt wird, erklären sich die Kollegen bereit, verkürzt zu arbeiten, damit die betreffenden nicht dem Elend der Erwerbslosigkeit anheimfallen. Die Geschäftsleitung erklärt zu dieser Maßnahme — sie ist ja sooo großzügig — ihr Einverständnis, stellt aber die Bedingung, daß nicht tageweise, sondern wochenweise ausgesetzt wird.

Durch diese Regelung erspart das Geschäft die Arbeitgeberanteile zu den Beiträgen der verschiedenen Sozialversicherungen,

die es zahlen müßte, wenn tageweise ausgesetzt würde. Wenn die Kollegen sich vor Schaden z. B. in Krankheitsfällen bewahren wollen, müssen sie sich in der fraglichen Woche als freiwilliges Mitglied weiterversichern, also die Versicherungsbeiträge allein tragen. Hierzu muß man wissen, daß die Kollegen und Kolleginnen, die zur Entlassung kommen, die zuletzt angefangenen sind, also einen geringeren Lohn beziehen als die, die schon einige Jahre länger dem Betrieb angehören. Wenn nun jemand aussetzt der einen höheren Lohn bezieht, als der, für den ausgesetzt wird, wird die Differenz nicht ausgezahlt.

Diese Summe ist der Gewinn, den das Geschäft aus dem Solidaritätsakt der Arbeiter schneidet.

Außerdem ist es noch gar nicht geklärt, ob das Geschäft die Aussetzenden von den Versicherungen abmelden darf, auch wenn es die betreffenden formell entläßt, da die einzelnen ohne vorherige ordnungsgemäße Kündigung aussetzen, also praktisch Betriebsmitglieder bleiben. Was sagt das Versicherungsaufsichtsamt dazu? Die grundsätzliche Klärung wagt aber niemand herbeizuführen, weil durchaus die Meinung besteht, daß in dem Fall, daß die Geschäftsleitung Unrecht hat, sie das Aussetzen nicht mehr gestatten wird, also nur erreicht würde, daß die Gekündigten wirklich arbeitslos würden. Soziales Verständnis zu erwarten, hieße, sich Illusionen machen.

Zur Charakterisierung sei noch erwähnt, daß der in früheren Jahren gezahlte Ferienzuschuß von 2 Mark pro Ferientag, schon in diesem Sommer nicht mehr gezahlt wurde. Das Geschäft machte dadurch eine Ersparnis, die in die dreißig tausend Mark geht, für die Belegschaft aber einem kalten Lohnabbau gleichkommt. Die Begründung die einer der Geschäftsführer dafür gab, war sinngemäß die, da der Ferienzuschuß gewissermaßen ein Vergnügungszuschuß war, aber in dieser schweren Zeit keine Vergnügungen mehr möglich seien, so sei auch der Vergnügungszuschuß nicht mehr nötig.

So höhnt man in einem SPD-Betriebe die Arbeiter, weil die Verantwortlichen glauben, daß sie die Macht, die sie in der Krise haben, ausnutzen müßten, genau, wie in einem kapitalistischen Betrieb.

Als Kompott zu der gebotenen Speise noch folgendes. Die Konzentration verschickte Mitte des Jahres ein Rundschreiben an die SPD-Betriebe, das

Richtlinien für die Personalpolitik

enthielt. In diesem Schreiben, das i. A. Ruprecht gezeichnet war, wurde größte Sparsamkeit empfohlen. Wo diese Sparsamkeit zu beginnen hat, wie auch in jedem kapitalistischen Betriebe, erkennt man daran, daß in dem Schreiben berechnet wurde, daß in den Betrieben der Konzentration, also in den Betrieben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 5 Millionen RM. gespart werden könnten, wenn — —

sämtliche übertariflichen Leistungen abgebaut

würden.

Den Kommentar zu solcher Politik in sogenannten „Arbeiterbetrieben" mag sich jeder selber suchen. Wahrscheinlich liegt hier ein Stück „Wirtschaftsdemokratie", oder der praktische Weg der „Realpolitiker" zum Sozialismus vor.

Der Preis-Diktator

Berlin, 10. Dezember.

Der Kommissar für Preisabbau, Dr. Goerdeler, hat bereits sein Amt angetreten. Er besitzt theoretisch sehr weitgehende Vollmachten — wie sie allerdings die Reichsregierung z. B. gegen die Kartellpreise auch bisher schon besaß.

Der Reichskommissar kann nach seinem Ermessen die Preise unmittelbar herabsetzen.

Er hat dazu alle Zwangsmittel zur Verfügung. Die Ausführungsbestimmungen sagen sogar:

„Der Reichskommissar kann die Fortführung von Betrieben, durch die lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs in den Verkehr gebracht werden, untersagen, wenn der Inhaber oder Leiter des Betriebs den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften oder Anordnungen zuwiderhandelt, oder wenn sonst Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Inhaber oder Leiter des Betriebs die für den Betrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt."

Das ist eine nahezu revolutionäre Vollmacht . . . ., wenn sie in Händen eines Revolutionärs liegen würde. Der Preiskommissar hat darüber hinaus ein unbeschränktes Recht, von den Betrieben Auskünfte zu verlangen. Er kann zur Begutachtung Preis-Ausschüsse einsetzen.

Die Strafen auf Verstöße gegen die Anordnungen des Preiskommissars sind Gefängnis- und Geldstrafen in unbeschränkter Höhe.

Diese Bestimmungen sind außerordentlich weitgehend. Sie bedeuten an sich einen völligen Bruch mit der bürgerlichen Oekonomie. Indessen muß der Ueberwindung des Kapitalismus immer erst die Ueberwindung der bürgerlichen Klasse vorausgehen, ehe die Ueberwindung der bürgerlichen Wirtschaftsgesetze mit diktatorischen Mitteln praktisch möglich sein wird.

Zu Brünings Katechismus

Herr von Borsig beneidet die Proleten!

Die bürgerlichen Schmocks haben Hochkonjunktur. Sie haben jetzt dafür zu sorgen, daß dem „breiten Volke" die Notverordnung als Katechismus für die nun herannahende herrlichste aller Zeiten mundfertig gemacht wird. Dieser „vaterländischen" Arbeit unterzieht sich natürlich auch jenes Berliner Sensationsblättchen, das in seiner Anzeigenplantage großenteils von der großstädtischen Kuppelei lebt. Es hat den „Geheimen Kommerzienrat" Conrad von Borsig, Großindustrieller und „Wirtschaftsführer", um seine Meinung zur neuesten Notverordnung befragt und eine Antwort erhalten, die so ganz in dieses Milieu paßt. Herr von Borsig bringt es nämlich fertig, die Konsumenten, die Proleten als diejenigen hinzustellen, die allein von dieser verordneten Not den Nutzen haben würden. Er sagt wörtlich: **Die Konsumenten haben eine Preissenkung zu erwarten,** die Mieter eine Mietensenkung und dürfen daher die Notverordnung freudig begrüßen. Anders steht es bei der Industrie." Und nun schildert er die angeblich verheerenden Folgen für die Industrie. Die Lohnsenkung übergeht er beinahe, denn er meint, es komme eben darauf an wie hoch die Lohnquote an den Gesamtproduktionskosten sei. Jetzt auf einmal tauchen Zweifel auf, wie sich die Lohnhöhe zu dem Fertigpreis einer Ware verhält. Der Herr Geheimrat ist kühn genug, alsbald darauf hinzuweisen, daß eine „überstürzte" Preissenkung eine ziemliche Belastung bedeuten könne. Deshalb macht er auch gleich Einschränkungen in der Richtung, daß es sehr fraglich sei, ob die Zinsensenkung, die Senkung der Frachttarife usw. sich überhaupt auswirken könne. Fest steht für ihn nur, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer eine sehr wichtige Verteuerung der Produktionskosten bedeute!

So äußert sich ein „Wirtschaftsführer", und wer die Mentalität der deutschen Unternehmer kennt, der weiß, daß Borsig ihnen aus ihrer kapitalistischen Seele gesprochen hat. Ein 25 prozentiger Zinsenabbau, ein fast gleich hoher Frachttarifabbau, ein Lohn- und Gehaltsraub von mindestens 15 Prozent wird in der Kalkulation der deutschen Unternehmer „kompensiert" durch die knapp einprozentige Erhöhung der Umsatzsteuer, die zudem bei Exportaufträgen überhaupt nicht in Anrechnung kommt.

Offen bekennt Herr Borsig: „Es wird also lange Zeit dauernd, ehe der einzelne Betrieb wissen wird, woran er unter den neuen Verhältnissen eigentlich ist." Das heißt: Wer etwa von Preisabbau faselt, ist ein Narr. Fest steht vielmehr, daß ab 19. d. M. die Löhne und Gehälter mindestens um 10 Prozent gesenkt werden. Das ist das A und O dieser famosen Notverordnung, der heutigen kapitalistischen Unordnung. Und es ist zugleich ein Beweis für die unumstößliche Tatsache, daß sich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung alles gegen den Proleten richtet, weil die Unternehmer die Macht haben, alles auf sie abzuwälzen.

Karl Bauer.

Neues Kabinett in Peru

London, 10. Dezember.

In Peru ist ein neues Kabinett mit Dr. German Arenas als Ministerpräsident und Dr. Luis Miro Quesada als Außenminister gebildet worden.

Der Lohnabbau geht weiter

Vom Preisabbau ist noch nichts zu hören

Beilegung des Tarifstreites in der Bielefelder Metallindustrie.

Berlin, 10. Dezember.

Der Lohntarifstreit in der Bielefelder Metallindustrie ist heute durch eine zwischen den Tarifvertragsparteien im Reichsarbeitsministerium geschlossene Vereinbarung beigelegt worden. Hiernach werden die Löhne der Zeitlöhner sowie die Akkordrichtlöhne vom 14. Dezember 1931 ab um 5 vH gesenkt. Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab tritt in Auswirkung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eine weitere Senkung dieser Löhne um 10 vH ein. Die Regelung gilt bis zum 30. April 1932.

Schiedsspruch in der Krefelder Seidenindustrie.

Krefeld, 10. Dezmber.

In der Krefelder Seidenindustrie wurde über die Erneuerung des abgelaufenen Gesamtlohntarifvertrages für den Bereich des Arbeitgeberverbandes der Rheinischen Seidenindustrie ein Schiedsspruch gefällt, wonach sich die Löhne in den einzelnen Betrieben um 4,5 bis 4 Prozent ermäßigen. Die Neuregelung tritt mit der am 11. Dezember beginnenden Lohnwoche in Kraft. Das Abkommen kann erstmalig zum 12. Februar 1932 mit vierzehntägiger Frist gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft am 5. Dezember ab.

Gehaltskürzung und Ruhegelder

Einzelheiten aus der Notverordnung.

Außer den bereits mitgeteilten Bestimmungen über die Gehaltskürzung wird in der Notverordnung noch folgendes festgelegt:

Kinderzuschläge und Kinderbeihilfen, Dienstaufwandsentschädigungen, Reisekostenvergütungen, Beschäftigungs-Tagegelder, Trennungsentschädigungen, Nachtdienstentschädigungen und Umzugskostenvergütungen unterliegen der Kürzung nicht.

Bei denjenigen Ruhegeldempfängern, deren Ruhegeld nach bisher geltendem Recht aus einem höheren Satze als 75 vH. des ruhegeldfähigen Diensteinkommens zu berechnen war, und die nach der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 ein Ruhegeld von höchstens 75 vH. des ruhegeldfähigen Diensteinkommens erhalten, beträgt der Kürzungssatz für die Zeit bis zum 30. Juni 1932 statt 9 vH.,

soweit sich das Ruhegeld von 80 auf 75 vH. mindert, 4 vH.,
soweit sich das Ruhegeld von 79 auf 75 vH. mindert, 5 vH.,
soweit sich das Ruhegeld von 78 auf 75 vH. mindert, 6 vH.,
soweit sich das Ruhegeld von 77 auf 75 vH. mindert, 7 vH.,
soweit sich das Ruhegeld von 76 auf 75 vH. mindert, 8 vH.

Die Geistlichen und Lehrer gelten als Beamte im Sinne dieses Kapitels.

Das Ende des Mieterschutzes

Berlin, 11. Dezember.

Amtsgerichte und Mieteinigungsämter entscheiden zukünftig ohne Beisitzer. Bisher stand dem Richter ein Mieter- und ein Vermieter-Vertreter zur Seite. Jetzt entscheidet der Richter, weit öfter selbst Vermieter als Mieter allein. Aus dem Verhältnis 2 : 1 zugunsten der Vermieter wird das Verhältnis 1:0.

Das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz treten am 1. April 1933 außer Kraft, falls bis zu diesem Zeitpunkt das BGB entsprechende soziale Ergänzungen erfährt. Der Zeitpunkt ist schon wiederholt vorverlegt worden; eines Tages wird er ohne die einschränkende Voraussetzung durch die Bestimmung „sofort" ersetzt werden. Ade, soziales Mietrecht!

Das Wohnungsmangelgesetz ist wiederum gemildert, stat verschärft worden. Man verzichtet anscheinend darauf, die Hausbesitzer zum Vermieten zu zwingen, und läßt die Arbeiter lieber in Löchern hausen oder auf der Straße liegen.

Umgebaute Großwohnungen bleiben auch nach ihrer Umwandlung in Kleinwohnungen hinsichtlich der Rechte und des Schutzes der Mieter: Großwohnungen. Geteilte Wohnungen sind allen Zugriffen und sonstigen Einschränkungen durch die Oeffentlichkeit entzogen. Und auch sie werden wie die großen Wohnungen leerstehen. Warum belegt man sie nicht zwangsweise mit Wohnungssuchende? Weil die kapitalistische Wirtschaft lieber Tausende von Wohnungen leerstehen läßt, als daß sie billig vermietet werden, weil man lieber gar nichts, als etwas verdienen will. Irrsinn eines zusammenbrechenden Systems!

Im Schatten der Krise . . .

London, 10. Dezember.

Die Cunard Company hat den Bau ihres neuesten Schiffes, das der größte und luxuriöseste Dampfer der Welt werden und im Februar nächsten Jahres vom Stapel gelassen werden sollte, eingestellt. 3000 Arbeiter waren beim Bau des Dampfers in Clydebank beschäftigt.

Lokalblatt der SAZ

Dortmund

Niemand will ihn, den Bergmann Kasimir L. Zwei Länder streiten sich um den 39jährigen Bergmann Kasimir L.: weder Deutschland noch Polen will ihn haben. Und das, weil dasselbe Europa, das tagtäglich infolge neuer technischer Fortschritte immer kleiner wird, immer noch in viele kleine Länder und Ländchen mit eigenen Gesetzen und scharfbewachten Grenzen aufgeteilt ist. Kasimir L. wurde in Pustakowa, in der ehemals deutschen Provinz Posen geboren, machte als deutscher Soldat den Weltkrieg mit, lebte ständig in Deutschland und wurde vor einiger Zeit vom Dortmunder Schöffengericht wegen — Paßvergehens zu einer Geldstrafe von 50 Mark bzw. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte sich unglücklicherweise von einem Freunde überreden lassen, daß es für ihn besser sei, wenn er sich vom polnischen Konsulat einen Paß ausstellen lasse. Der gleiche Freund setzte dann eigenmächtig auf die erste Seite des Dokuments die Bezeichnung „Niemiki-Allemand" (Deutscher). L. wurde, als er den so gefälschten Paß als Legitimation benutzte, zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt. Doch damit nicht genug. Die deutschen Verwaltungsbehörden — als da sind: Polizei, Regierung, Ministerium — behaupteten nun plötzlich, daß Kasimir L. Pole sei und er sich als solcher legitimieren müsse. Die polnischen Behörden sagten aber: Kasimir L. hat wohl am 10. Januar 1920 durch die Abtretung der Provinz Posen an Polen zu der deutschen Staatsangehörigkeit die polnische erlangt, doch hätte er, um sie sich zu erhalten, diese bis zum 8. Februar 1925 reklamieren müssen. Das habe er unterlassen und außerdem auch nicht für Polen optiert, weshalb er auch nicht als Pole gelten könne. Das deutsche Reichsinnenministerium ist dagegen der Ansicht, daß L. nach dem deutsch-polnischen Wiener Abkommen und durch das Anfordern eines polnischen Passes, durch den er sich selbst für Polen entschieden habe, die deutsche Staatsangehörigkeit verloren habe. Auch sei sein Geburtsort durch den Versailler Vertrag an Polen gefallen. Die Strafkammer sprach L. jetzt auf Kosten der Staatskasse frei, weil hier der Artikel 17 des Wiener Abkommens Anwendung finden müsse, der besagt, daß derjenige, der vor dem 12. Januar 1920 Polen verlassen hat, um endgültig auszuwandern, zu erkennen gibt, daß er sich von Polen lossage. L. sei deutscher Staatsangehöriger. Der Staatsanwalt wird gegen dieses freisprechende Urteil Revision einlegen.

Dortmund-Hörde

Ist ein Kasperletheater staatsgefährlich? Folgender Vorfall passierte in Dortmund-Hörde: Der Verband proletarischer Freidenker veranstaltete im Saal der Wirtschaft Reimann ein Kinderfest, das polizeilich erlaubt war. Zur Unterhaltung waren ein Film von Wilhelm Busch und ein Kasperletheater vorgesehen. Plötzlich erschienen zwei Polizeibeamte, die das Fest auflösen wollten. Als sie sahen, daß nur Kinder anwesend waren, gingen sie nochmals zurück, um an höherer Stelle anzufragen, ob das Fest wirklich verboten werden solle. Der Erfolg war: das Fest wurde verboten, laut Notverordnung! — Kommentar überflüssig.

Das Weihnachtsgeschenk der Arbeiter vom Hörder Phönix. Am 10. 12. war auf dem Höder Phönix Lohntag, und zwar Auslöhnung der Restsumme eines Monats. Jeden Monat gibt es zwei Lohntage (Abschlag und Restsumme). **Ein Arbeiter bekam — 54 Pf., er hatte bei der Abschlagszahlung also noch 54 Pf. zuviel bekommen. Ein weiterer bekam 31 Pf. gezahlt. Sechs weitere erhielten noch nicht ganz eine Mark, verschiedene noch keine zwei Mark.** Wie bekannt ist, sollen die Löhne durch die neue Notverordnung noch gesenkt werden. Gibt es denn hier auch noch was zu kürzen?

Ratingen

Im Heimatmuseum werden, zunächst am 18. und 20. Dezember, in einer Sonderausstellung Zeichnungen, Aquarelle und Oelgemälde des heimischen Malers Hubert Tack gezeigt. **Eintrittspreis 20 Pf. Der Reinertrag** soll für Unterstützungszwecke Verwendung finden. Der Besuch sei empfohlen.

Herford

SAP-Ortsgruppe gegründet. Am Montag fand im „Haus der Väter" die Gründungsversammlung der SAP-Ortsgruppe statt. Es waren etwa 60 Personen erschienen, darunter auch Abgesandte der SPD. Anfangs herrschte ziemliche Krisenstimmung, aber zuletzt wurden die meisten der Besucher, bis auf zwei, still. Speziell ein SPD-Mann gefiel sich andauernd in Zwischenrufen, aber zur Diskussion meldete er sich nachher nicht, sondern schickte einen anderen vor. Das Referat hielt Genosse Kolditz, vorläufiger Bezirksleiter von Westfalen-Nord, unterstützt vom Genossen Kaiser, Heidenoldendorf. Nach dem Schlußwort wurde versucht, nochmals die Diskussion zu eröffnen, was allerdings daneben gelang. Nach Schluß der Versammlung blieben 15 Mann zurück. Einige Aufnahmen wurden gemacht und hoffen auf Zuwachs in nächster Zeit.

Osnabrück

Arbeitslose Jugend mit Maulkorb. Die neue Notverordnung hat ein allgemeines Versammlungsverbot gebracht, das der Anfang eines Meinungsterrors ist, wie er eine natürliche Folge des deutschen Dreiviertel-Faschismus sein muß. **Lohnabbau, Sozialabbau, Zerschlagung der letzten Reste des verfassungsmäßig verbrieften Arbeitsrechts, das alles** muß sich die Arbeiterschaft gefallen lassen und darf nach echt preußischer Art dazu nichts sagen. Arbeitsdienst wird propagiert als Allheilmittel für beschäftigungslose Jugend. Und die SPD, ausgerechnet diese sozialistisch sein wollende Partei mit einer großen Vergangenheit und einer hoffnungslosen Zukunft, läßt sich fangen und singt Loblieder auf den „freiwilligen Arbeitsdienst". Ausgerechnet die SPD organisiert hier sogar Arbeitsdienstlager und vergißt dabei ganz, daß der ganze Rummel vom freiwilligen Arbeitsdienst eine genau so faschistische Angelegenheit zur Knechtung der Arbeiterschaft ist wie Technische Nothilfe, Bürgerwehr, Streikbrechertrupps und Werkpolizei, die eigentlich jedem Arbeiter noch aus den ersten Jahren der Republik bekannt sein sollten. Früher einmal hat die SPD — und mit Recht — den Arbeitern gesagt, alle diese Unternehmungen seien Sicherungen des Unternehmerprofits, seien Dolchstöße für das um sein Recht kämpfende klassenbewußte Proletariat. Jetzt ist diese „klasenbewußte Arbeiterpartei" mit von der Partie. Daß freiwilliger Arbeitsdienst Faschismus ist, darüber sollte am Sonnabend ein Referat des Oldenburger Genossen Erwin Fritsche Klarheit schaffen. Und unsere Gruppe des SJV. hatte zu dieser öffentlichen Jugendversammlung alle Jugendorganisationen zur Diskussion über die aktuelle Frage eingeladen, die für die arbeitende Jugend von so brennendem Interesse ist. Auch die Arbeiterjugend, die ganz hervorragend an der Organisation des Arbeitsdienstlagers am Werscher Berg beteiligt ist, war eingeladen; ihr sollten einmal die Augen darüber geöffnet werden, was sich der Vorsitzende des Arbeitsamts gegenüber seinen Parteigenossen von der SPD, die bei ihm stempeln gehen, der Regierungsrat Groos, mit der Bildung dieser **Arbeitsdienstlager geleistet hat. Aber die** Jugend darf nicht darüber öffentlich diskutieren, ob Arbeitsdienst Faschismus ist, sie bekommt einen Maulkorb um. Und die SAJ **läßt sich das von ihrer eigenen Partei gefallen**, die diesen Maulkorb nebst dem gesamten Raubbau an der Existenz der Arbeiterschaft, auch der arbeitenden und nicht mehr arbeitenden, weil schon lange erwerbslosen Jugend tolerieren wird. Genossen in Osnabrück und im ganzen Reich, es ist Pflicht, allen Arbeitskollegen, die noch in der SPD sind, einmal an diesem Beispiel aufzuzeigen, wie verhängnisvoll hier im kleinen die Politik der SPD ist, die die Erduldungen des Proletariats bis zum Unerträglichen kommen läßt!

Landesfriedensbruch

Prozeß gegen Reichsbanner und Kommunisten in Hameln — Die Nazis und die Polizei: immer einwandfrei . . .

Am 8. Juli d. J. hatten die Nazis zu einer Versammlung aufgerufen, in welcher der sattsam bekannte „Arbeiter" Auwi — Prinz August sprechen sollte. Gegen 7 Uhr abends wurde ein Propagandamarsch der Nazis durch die Stadt veranstaltet. Zu gleicher Zeit traf der Zug Ferienkinder (etwa 400 Kinder) mit Musik vom Finkenborn kommend, in der Stadt ein. Der Kinderzug wurde auf beiden Seiten von vielen hunderten Menschen begleitet. An der Kreuzung Oster-, Bäckerstraße, Rathaus, stießen beide Züge aufeinander. Die Nazis verlangten den Vortritt und konnten nur mit Polizeigewalt am Weitermarschieren verhindert werden. Die Menschenmenge war sichtlich empört. Die Kinder zogen durch die Osterstraße. In einigen hundert Metern Entfernung folgte der Nazizug.

Kurz vor dem Stadion stockte der Zug der Ferienkinder. Die Nazis verlangten wiederum freien Durchmarsch zu ihrem dort in der Nähe befindlichen Parteilokal „Monopol". Die Situation wurde gefährlich. Die Erregung der begleitenden Eltern usw. geriet auf den Siedepunkt.

Einige am Schluß marschierende SA-Leute machten kehrt und wollten auf das Publikum eindringen, doch gelang es, ernste Zusammenstöße noch zu verhindern. Ein Trupp SA-Leute marschierte nun zum „Monopol", der andere rückte in ein zweites SA-Lokal, den „Grünen Reiter". Unter den SA-Leuten befanden sich eine Anzahl

in voller verbotener brauner Uniform mit Armbinden!
ohne daß die Polizei dagegen eingeschritten ist!!!

Die Menschenmenge ging teils einzeln, teils bildete man Gruppen.

So standen auch Trupps vor dem „Monopol", darunter auch die angeklagten Kommunisten Gümpel und Weißenborn. Als nun Autos mit Nazis ankamen, worunter sich wieder Nazis mit der verbotenen Uniform befanden, haben beide Angeklagte gerufen: „Zieht die braunen Hemden aus, schlagt die Hunde tot!"

Die Beweisaufnahme hat klar und eindeutig ergeben, daß die Hamelner Polizei nicht das geringste getan hat, um das Uniformverbot zur Geltung zu bringen!

Als das den Beamten vorgehalten wurde kamen sie mit der Erklärung, dazu keinen Auftrag gehabt zu haben!!!

Inzwischen haben vor dem „Stadion" Naziautos geparkt, die von den Chauffeuren bewacht wurden. Es ist nun zwischen ihnen und der Menge zu Streitigkeiten gekommen. Wer den Streit angefangen hat, war eigentlich nicht klar ersichtlich.

Aus dem „Grünen Reiter" eilten nunmehr Nazis herbei und hatten sich mit Stuhlbeinen und Autoketten bewaffnet.

Die Stuhlbeine sind mitgebracht worden!

Vom „Grünen Reiter" und aus der Menge ist eine regelrechte Steinwurfschlacht erfolgt. Dabei haben die Angeklagten sich beteiligt.

*

Der Polizeioberwachtmeister Neundorf, welcher die polizeiliche Aktion leitete, hat alles mögliche versucht, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Es ist ihm nicht gelungen. Er hat sich zum Rathaus begeben und Bericht erstattet. Es ist dann mit dem Bürgermeister die Sachlage besprochen und die Schupo von Hannover angefordert worden. Gegen 23,20 Uhr säuberte die Schupo aus Hannover die Straßen mit dem Gummiknüppel.

*

Der Verteidiger wollte bei einzelnen Angeklagten statt Landfriedensbruch nur Körperverletzung gelten lassen.

Das Urteil lautet:

Gegen Gümpel 10 Monate, Weißenborn 9 Monate, Tippenhauer 8 Monate, Hermsen 7 Monate, die übrigen Angeklagten erhalten je 6 Monate Gefängnis. Der jugendliche Wissel 1 Monat mit Bewährung. Steding wurde freigesprochen.

*

Das deutsche Vaterland braucht „Ruhe" . . .

Frankfurt a. M.

Politische Versammlungen verboten. Auf Grund der letzten Notverordnung hat der sozialdemokratische Polizeipräsident alle öffentlichen Versammlungen und Umzüge bis zum 3. Januar verboten.

Der ADGB-Ausschuß Frankfurt boykottiert die SAZ. Der Gewerkschaftssekretär Misbach hat dem Zeitungsverkäufer im neuen Gewerkschaftshaus mitgeteilt, daß der Ortsausschuß des ADGB beschlossen habe, die Sozialistische Arbeiterzeitung dürfe im Gewerkschaftshaus in dem dortigen Zeitungsstand nicht zum Verkauf ausgelegt werden. Bürgerliche Zeitungen wie Frankfurter Zeitung, Frankfurter Nachrichten, 8-Uhr-Abendblatt, Berliner Tageblatt usw. werden dagegen nicht beanstandet. Kommentar überflüssig.

Wie die kommunistische Arbeiterzeitung ihre Leser unterrichtet. Unter der Ueberschrift: „SAP macht in Einheitsbrei" informiert die Arbeiterzeitung ihre Leser über die Seydewitzversammlung wie folgt: „Seine (d. h. des Genossen Seydewitz) Ausführungen, die sich in nichts von dem Gerede der Reformisten unterschieden, gipfelten darin, endlich den Tag herbeizuführen, an dem alle republikanischen Parteien ihre gegenseitigen politischen Meinungsverschiedenheiten zurückstellen und die Führer dieser Parteien, lies Noske, Zörgiebel, Brüning, Stegerwald, zusammentreten und eine gemeinsame Aktion gegen die Faschisten unternehmen". Arbeiterzeitung, du belügst deine Leser. Seydewitz warb nicht für den Zusammenschluß sämtlicher republikanischer Parteien, sondern für die Einheitsfront der sozialistischen Parteien auf der Basis eines energisch geführten Klassenkampfes. Allerdings redete er dem roten Einheitskartell das Wort und nicht der Einheitsfront unter kommunistischer Führung. Begreiflich, daß der kommunistischen „Arbeiterzeitung" dieses Projekt unangenehm ist. Dennoch sollten politischer Anstand und der Respekt vor ihren Lesern ihr gebieten, die Dinge nicht auf den Kopf zu stellen.

Nazispuk. In Frankfurt a. M.-Rödelheim hielten die Nazis eine kuriose Versammlung ab. Etwa die Hälfte der Versammlungsteilnehmer bestand aus Arbeitern, vorwiegend Kommunisten. Die Arbeiter scheuten sich nicht, den Naziredner mit kräftigen Zwischenrufen einzuheizen. Im Nu hatten die Nazis die Schupo zu Hilfe gerufen. Die Schupo stellte sich vor dem Rednerpult auf. Die Gegner der Nazis wurden samt und sonders an die Luft gesetzt, so daß die nationalsozialistischen Kegelbrüder unter sich waren. Die Schupo des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten schützt die Nazis. Bisher nannte man das Eroberung der Staatsgewalt im Interesse **des Proletariats. — In einer Bornheimer Versammlung** revanchierten sich die Nazis für die Liebenswürdigkeit der Polizei. Zuerst schlugen sie einen kommunistischen Arbeiter zusammen. Einmal ins Feuer **geraten, klemmten sie einem** Kriminalbeamten **den Finger ein. Dann bekam** er noch eine Faust aus dem Dritten Reich, die sich **gewaschen hatte, zu spüren. Die** Schupo mußte dem bedrängten Kriminalbeamten zu Hilfe kommen und die Versammlung auflösen.

Aus dem Hauptausschuß der Stadtverordneten. Der Hauptausschuß beschäftigte sich erneut mit der Großmarkthalle. Es wurde festgestellt, daß das Bauprojekt in wesentlich anderer Form zur Ausführung gebracht wurde als vorgesehen. Laut Bericht sind Minderleistungen in Höhe von 481 620 M. und Mehrleistungen in Höhe von 422 877 M. zu verzeichnen. Die Gesamtaufwendungen für den Bau der Großmarkthalle betragen 15 770 000 M. Für das Jahr 1930 beträgt der Zuschuß der Stadt Frankfurt a. M. für die Marktverwaltung 460 000 M. — Der Hauptausschuß lehnte die Auszahlung einer Winterbeihilfe von 40 M. für Ledige und 50 M. mit der Begründung ab, man müsse sonst die Bürgersteuer um 150 vH. erhöhen. Das sei unmöglich. Gleichzeitig wurden für die Abdeckung des Defizits der Musikausstellung 1,8 Millionen Mark bewilligt. Das spricht Bände. — Der Hauptausschuß hatte seinerzeit beschlossen, Prof. Elsässer regreßpflichtig zu machen. Nun holt Professor Elsässer zum Gegenschlag aus: Er verlangt die nachträgliche Zahlung einer angemessenen Provision, da die Stadt den Vertrag nicht eingehalten habe. Der Magistrat will sich mit Prof. Elsässer einigen. Wie der Magistratsvertreter mitteilte, hat Prof. Elsässer von der Stadt Frankfurt a. M. neben seinem Gehalt insgesamt 170 000 M. Provision erhalten. Wetten wir, daß man Herrn Prof. Elsässer gegenüber großzügiger sein wird als gegenüber den Erwerbslosen?

Kriegt Frankfurt endlich seinen Kämmerer? Die hiesige Presse erteilt den Stadtvätern schlechte Zensuren. Noch immer könnt ihr uns keinen Kämmerer präsentieren. Weihnachten steht vor der Tür. Legt den Frankfurtern einen Kämmerer unter den Christbaum. Dann gehen sie mit Geduld und Spucke ins neue Jahr. Und die Stadtväter mühen sich im Schweiß ihres Angesichts ab, um der Stadt einen Kämmerer auf den Tisch des Hauses niederlegen zu können. Noch einmal hat man die moralische Unterwäsche des Herrn Dr. Lehmann durchgesehen. Und siehe da, der berüchtigte Fleck ist schon ziemlich gebleicht. Aus Königsberg erhielt Oberbürgermeister Landmann ein Telegramm des Inhalts: „Stadtkämmerer Lehmanns Integrität außer Zweifel." Noch andere Lobes- und Erbauungsschreiben liegen vor, die alle auf den Ton abgestellt sind: So einen Lehmann, wie unseren Lehmann gibts keinen mehr auf der Welt. Unser Lehmann hat der Stadt Königsberg größere kurzfristige Verschuldungen erspart. Aber trotz dieser glänzenden Dankschreiben, die Herr Lehmann vorzulegen vermag, scheint es mit der Lehmännerei immer noch nichts zu werden. Denn die Volksparteiler halten partout an ihrem Besserer fest. Sie finden, daß er nicht weniger finanztechnische Tugenden wie Dr. Lehmann hat. Am Dienstag soll die endgültige Wahl des Kämmerers steigen. Wer mag der Glückliche sein, der den Stadtsäckel auf Kosten der Proleten verwalten darf?

SAP-Unterbezirk Dortmund

Sonntag, 13. Dezember, findet im Restaurant „Zum Südbahnhof" (Metallarbeiterheim) in Dortmund, vormittags 10 Uhr, eine

Unterbezirkskonferenz

zwecks Bildung des Unterbezirks Dortmund statt.

Referent und Thema des im Mittelpunkt der Konferenz stehenden Vortrages werden in der Konferenz bekanntgegeben.

Jedes Parteimitglied hat Zutritt. Ausweis: Mitgliedskarte.

Frankfurt a. M.-Höchst

Genosse Ziegler spricht. Die Ortsgruppe Nied der SAP hatte die Nieder Arbeiterschaft zu ihrer ersten öffentlichen Versammlung mit dem Thema: „Wer verhindert die Einheitsfront?" eingeladen. Um einen guten Besuch unserer Versammlung zu verhindern, hatte die Parteileitung der SPD gemeinsam mit dem Vorstand des ADGB in Höchst einen Generalappell sämtlicher Funktionäre für denselben Abend angesetzt. Man konnte jedoch nicht verhindern, daß 200 Arbeiter, darunter auch ein Teil SPD-Genossen, sich das Referat des Genossen Hans Ziegler, Breslau, anhörten, der sich mit der tolerierungswütigen SPD eingehend auseinandersetzte. Zwei kommunistische Redner, die in der Diskussion dummes Zeug redeten, fertigte Genosse Ziegler in seinem Schlußwort glänzend ab. Die SPD war durch Flugblätter um Stellung eines Diskussionsredners zu dieser Versammlung aufgefordert worden. Sie zog es jedoch vor, in eine sachliche Auseinandersetzung mit uns nicht einzutreten, sondern in einen persönlichen, lügenhaften Kampf einzutreten. Sie geht hier mit dem Märchen hausieren, unser Distriktleiter hätte sich bei seinem früheren Arbeitgeber angeboten, um seine Arbeitsstelle nicht zu verlieren, unter Tarif zu arbeiten. Daran ist kein wahres Wort, wie ausdrücklich festgestellt sei. Am Schluß der Versammlung stimmten unsere Genossen die Internationale an, die KPD tobte sich in „Rot Front Rufen" aus, die übertönt wurden.

Organisationsnachrichten

SAP Hamburg. Mitgliederversammlung Sonntag, 13. Dez., 14½ Uhr, im Saal des Volkshauses. Tagesordnung: 1. Programm und Statut der SAP. Referent Gen. Völker. 2. Bericht und Stellungnahme zur Einheitsfront. 3. Stellungnahme zur Notverordnung. Zahlreicher Besuch erwünscht.

SJV Hamburg. Versammlung Dienstag, 15. Dez., 19 Uhr, im Volkshaus. Sorgt für guten Besuch.

Schutzbund Hamburg. Versammlung wird in der Parteiversammlung am Sonntag bekanntgegeben.

SAP Aachen. Versammlung am 16. Dez. fällt aus (wegen Notverordnung).

„Der Klassenkampf"

erscheint seit 1. Dezember in seiner alten Form weiter

Nicht im **Laub-Verlag**, sondern in der

Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Das neue Heft enthält Beiträge von Max Seydewitz / Unser Ziel und unsere Aufgabe; Ed. Weckerle / Unsere Stellung zur Gewerkschaftsbewegung; R. Scheider / Die KPD und die Gewerkschaften; August Siemsen / Die sozialistische Arbeiterpartei und die Kulturorganisationen der Arbeiterklasse. Ferner Kulturenschau, Bücherschau, Notizen und Glossen.

Feuilleton der SAZ

Flugblatt

Auf der Straße liegt Laub und Papier.
Ein loses Blatt treibt mir
der Wind vor den Fuß — — —
Ich muß
mich weinend bücken, loses Blatt;
dein Text ein großes Wort zu Häupten hat —:
F r e i h e i t !
Wie wird denn mir . . .?
Papier . . .! Papier . . . !

Auf der Straße liegt Laub und Papier.
Ein loses Blatt treibt mir
der Wind in den Weg — — —
Lang und schräg
zeigt ein Sonnenstrahl
deine lang schon vergessene, blutrote Jahreszahl —:
1 9 1 8 !
Was war denn schon . . .?
1918 hatten wir Revolution — — —
wofür . . .?
Papier . . .! Papier . . . !

H e r b e r t L e s t i b o u d o i s.

Hundert Menschen schreien nach Arbeit

Es ist im entlegenen Süden Berlins, dort, wo in der geschlossenen Mietskasernenfront schon gewaltige Lücken klaffen, wo es niedrige und schiefwinklige Bretterzäune gibt und die Wohnstätten der Arbeiter wie Armenhäuser schwindsüchtig, abgemagert und unsymmetrisch hoch mit schwarz angeräucherten Rücken- und Seitenfronten einsam in die Luft starren.

Hier steht auch die niedrige, graubraune Holzbaracke, die tagsüber von außen einem gerippelnden Bienenkorb ähnelt, in die man morgens erwartungsvoll und unverdrossen einschritt, um nachmittags müde und abgespannt wieder herauszutreten.

Wenn man es nicht wüßte und stünde in dem großen, nahezu die ganze Holzbaracke ausfüllenden Raum, wo das freie Licht durch die großen Eisengitter der Fenster abgehalten wird, dann empfände man es sofort: Hier ist der Arbeitsnachweis der „Ungelernten", der Stiefkinder der „Nation", die auf die letzte Arbeit warten.

Auf einigen Dutzend quer durch den großen Raum gestellten Holzbänken hocken Hunderte von Menschen in dicken Klumpen geballt, Männern, denen der reine Kragen schon längst eine überflüssige Geste und leere Phrase geworden ist, bei denen nur noch verbitterte Grimassen, zerrissene Gesichter, durchschwielte Körper und der zerlumpte Habitus Ueberzeugung und Solidaritätsgefühl schaffen.

Solidaritätsgefühl? Fast scheint es, als liegte auf dieser Menge eine schwerfällige Apathie, als hocke man nur aus bloßer Zufälligkeit in entsetzlicher Zeitlosigkeit nebeneinander, weil die unbarmherzige Dampfwalze beständiger Armut längst ihre besten Wünsche und Hoffnungen zermalmte.

Und ein stiller Beobachter, der nur einen Augenblick lang diesen unfreundlichen Raum durchschweifte, würde vielleicht noch weniger feststellen. Er würde Feindseligkeit und Rohheit messen, dort wo sein Blick diese Menge kreuzt, Trägheit, dort wo man auf den Anruf eines Schalterbeamten nur müde und uninteressiert antwortet.

In der Tat, die Aufmerksamkeit vieler Beobachter reicht selten bis zu jenem Moment, wo eine kleine Tür aufgeht, die den Aufenthaltsraum der Erwerbslosen mit den Büros der Angestellten verbindet, und ein Beamter beginnt die Stufen einer kleinen Estrade hinaufsteigt, die wie die Fenster mit einem hohen Eisengitter umgeben ist.

Wenn der Ruf dieses Beamten ertönt, ist's, als wenn diese träge Menschenmasse dort plötzlich in Bewegung gerate, als wenn die schwere Spannung, die auf ihr lastet, gelöst sei und als ob nun plötzlich ein Haufen schwerer verstaubter Motoren angeschlagen hätte und lärmend und kreischend durch einen Fabriksaal ratterten.

„L e u t e z u r A u s h i l f e b e i F i r m a K. g e s u c h t !" Hundert Menschen stürzen wild und gierig zur Estrade, hundert zittrige Arme greifen in die Luft, hundert Arbeiterhände schwingen auf und ab, verlängert durch eine vergilbte und buntbedruckte Arbeitslosenkarte, und aus hundert Kehlen löst sich unentwegt ein Schrei: „Ich, ich, ich . . ."

Der Beamte schaut, schaut, hört, hört. Schaut und vernimmt ein Mehr, was man nur hören und sehen kann.

Den zittrigen und schon welken Arm dieses sechzigjährigen Arbeitsmannes, vielleicht Vater einer vielköpfigen Familie, den noch muskulösen Arm eines jüngeren Menschen, dem Arbeit Befreiung bedeutet, oder den abgemagerten Arm dieses Schwachsinnigen, den die Mitleidlosigkeit von Arbeitsstätte zur Arbeitsstätte jagt, der nun vielleicht hier seine endgültige „Arbeitsruhe" antreten muß.

Und würde der Beamte nur für einen Augenblick seine Augen schließen, dann gellte unheimlich stark ein Chaos verzweifelter Schreie in sein Ohr, in denen mitklingen die Schreie hungriger Kinder, welche die Mutter vergeblich bitten.

Was hilft da? Die Würde, welche die mitempfindende Not macht? Ein Mitleid, welches fein, aber sichtbar um Mundwinkel spielt? Oder ein Wissen, welches die letzten Auswege kennt?

Es gibt wohl keinen Menschen, der hier schnell zu entscheiden wagte. Doch die Zeit drängt. Und so greift der Angestellte blindlings in dieses Wirrwarr sich ausstreckender Hände und gellender Stimmen. „Drei Karten. Genug!" Drei paar Augen flammen hoffnungsfroh auf, wie abends bei hereinbrechender Dunkelheit das Licht plötzlich aufflammt. Aber siebenundneunzig andere lassen wieder Köpfe und Arme hängen, kehren zu den Holzbänken zurück, um wieder schwer und gleichgültig zu hocken in der Zeitlosigkeit, jenes träge Hocken untätiger Motore.

Bis nach langen Stunden der Ruf des Beamten aufs neue erschallt, zwei oder drei abtreten und all die anderen enttäuscht als „Uberzählige" ständig vermehrt um jene, die der Kapitalismus immer wieder auf die Straße wirft, ihre überflüssig gemachte Zeit abhocken.

Hundert Menschen schreien nach Arbeit, und überall, wo Arbeitsämter stehen, erschallt dieser Schrei tausend- und millionenfach.

A. H a m p e l.

Prohibition und Prostitution in Amerika

Von Ernst Toller

Es kursiert ein Sprichwort in Amerika: „Besser Prohibition und Schnaps, als keine Prohibition und kein Schnaps."

In Europa denkt man, nur der Reiche könne sich in Amerika Wein, Bier und Schnaps kaufen, der Arbeiter sei gezwungen, darauf zu verzichten. Das stimmt nicht. Eine Großbrauerei hat man stillgelegt, tausend Privatbrauereien sind entstanden. In vielen Arbeiterfamilien lagert „home madebeer". Die Frauen brauen das Bier selbst, sie brennen Schnaps und keltern Wein. Die Getränke sind danach. Indessen, man trinkt, und man trinkt häufig mehr als früher. Besonders in den deutschen Vereinen. Ich war kaum eine Stunde in New York, da führte man mich in eine „speak easy", ein Restaurant, in dem man Essen und, für teures Geld, Whisky bekommt. Manche Straßen sind mit „speak easies" flankiert. Harmlose Häuser von außen. Die Eingeweihten, Kunden und bestochene Polizisten, wissen, daß man an bestimmten Türen klingeln muß. Aber selbst in offenen Restaurants am Broadway erhält der Stammgast Coctail — in Kaffeetassen.

In Nachtklubs werden kleine Flaschen Sodawasser oder Ginger Ale verabreicht. Für Nepp-Preise. Ein oder zwei Dollar kostet die Flasche. Whisky tragen die Gäste in der seitlichen Hosentasche in eigens fabrizierten Aluminiumflaschen, angepaßt der Wölbung des Oberschenkels. In keinem Lande der Welt sprechen Menschen jeder Schicht, Arbeiter und Künstler, Kaufleute und Advokaten, soviel über Schnaps wie in Amerika.

Wie jeder Antisemit seinen Leibjuden hat, so hat jeder Verein und jedes Restaurant seinen Leibpolizisten, der einige Dollars bekommt und einige Liter Schnaps und dafür aufpaßt, daß nicht fremde Detektive den Verein überraschen. Nicht selten drohen von der Polizei geschützte Alkoholverkäufer: „Ihr verschenkt Schnaps. Morgen werdet ihr ihn von mir beziehen oder ihr fliegt auf." In vielen Fällen ist die Polizei selbst Verkäufer. Irgendwo wird der Schnaps beschlagnahmt, an anderer Stelle liefert man ihn im wohlbewachten Polizeiauto, das sirenenpfeifend durch die Straßen saust und die kostbare Fracht gegen gute Dollarscheine abliefert. Als ich einmal bei sozialistischen Freunden ein Wort gegen den Fusel zu sagen wagte, schalt man mich Reaktionär.

Aehnlich wie mit der Prohibition steht es mit der Prostitution. In Wirklichkeit lebt sie unter dem Schutz der Polizei in mannigfachen Formen. Da sind die „dancing schools", in denen Mädchen „hostesses", mit jedem Gast gegen eine Gebühr tanzen müssen. Um 1 oder 2 Uhr nachts werden die Lokale geschlossen, draußen erwarten die Kavaliere die Damen.

In fast allen Städten findet man harmlose Bars, in denen Ginger Ale und alkoholfreies Bier verkauft werden. Aber der Eingeweihte geht an der Tür zur Toilette vorbei, und er findet, was er begehrt: Girls. Eine dieser Bars zeigte mir ein Chicagoer Bekannter. Wir fragten den Besitzer, ob wir uns die Räume oben ansehen dürften. „Sicher", antwortete er, „wenn Sie Geld bringen". Wir gingen über eine dreckige Treppe in eine Art Bretterverschlag, der als Vorraum diente. Der Bretterverschlag verengte sich zu einem Korridor, darin saß an einem Tisch eine Negerin, die notierte. In den Korridor mündeten sechs Türen. In jedem Zimmer war ein Mädchen beschäftigt. Draußen im Vorraum harrten die Männer. Liebe am laufenden Band. Monoton hallte der Ruf der Negerin: „Wer geht zu Bett? Wer geht zu Bett?"

Selbst dieser Ruf war übertrieben. Denn zum Zubettgehen war keine Zeit, da der Liebesakt vielleicht 3 bis 5 Minuten währte. Ich hatte den Eindruck, daß die Mädchen ihre Kunden antreiben müssen, wie die Aufseher Arbeiter bei Ford. Für jeden Orgasmus werden zwei Dollar bezahlt. Davon behält das Mädchen einen Dollar für sich, einen Dollar bezahlt es dem Barwirt. Die Mädchen, junge und alte, hübsche und verwüstete, bedienen bei starkem Besuch jede Stunde 6 bis 10 Männer. Die Kunden waren Arbeiter und junge Kaufleute. Wer viel Geld hat, besucht ein luxuriöses Privat home. Die „Dame des Hauses" bekommt der Fremde nicht zu sehen, er unterhandelt mit der „maid", einer Negerin meist. Der Kunde sagt seine Wünsche, beschreibt den „Typ" den er mag, die maid geht zur Kupplerin, diese telephoniert ein Mädchen an, das ungefähr den Wünschen des Kunden entspricht und bald erscheint. Die Wirtin verlangt fünf Dollar für Ueberlassung des Schlafzimmers. Das Mädchen erhält fünfzehn Dollar, von denen es fünf Dollar der Wirtin abgibt, so daß die Kuppelmutter im ganzen zehn Dollar einsteckt. Die Mädchen sind Berufsprostituierte, schlecht bezahlte Verkäuferinnen und Chorgirls.

Gleichzeitig wird in solchen „private homes" gepantschter Whisky zu hohen Preisen verkauft.

Früher wohnten die Prostituierten in einzelnen Straßen oder Stadtteilen. Ihre Häuser sind heute niedergerissen. Die Mädchen wohnen jetzt in Hotels, und es kann vorkommen, daß im Hotel der Portier oder der „bell captain", ein Mann, der die Hotelpagen „unter sich" hat, den Hotelgast fragt, ob er ein Girl wünscht.

Die roten Lampen, die früher Straßen der Prostituierten zierten, sind verschwunden, sie hängen jetzt hinten am Auto, sagt man in Amerika.

Von einer kuriosen Form der Prostitution erzählte mir in Los Angeles ein Bekannter. Man kann Schnaps in den Apotheken kaufen, wenn der Arzt ihn zu Heilzwecken verschreibt. Manche Aerzte verschreiben „Liebe" als Medizin. In Amerika sind neue Wunderdoktoren aufgetaucht, Chiropraktiker. Es gibt Straßen, in denen in jedem Haus einer wohnt. Alle Krankheiten, heißt ihre Lehre, haben eine Ursache: Der Nerv, der das kranke Organ versorgt, wird beim Austritt aus dem Rückenmark infolge verrenkter Wirbel eingeklemmt. So massieren sie die Wirbel. Das Volk glaubt ihnen, und sie verdienen schweres Geld. Aber es gibt einzelne Chiropraktiker, die betreiben ein anderes Geschäft. Sie heilen den Patienten mit „drugless treatment", mit medizinloser Behandlung. Ihr Assistent ist die „nurse", die Schwester. Zu ihr geht der Patient und fordert „Erfrischungsmassage". Doch der Arzt muß sie gutheißen, dafür erhält er die Hälfte des Honorars, und die Schwester ist vor polizeilicher Verfolgung geschützt.

Kleines Feuilleton

Schließung des Berliner Lessing-Theaters

Da die neue Direktion Rotter schon mit den Proben zu ihrer in Aussicht genommenen Weihnachtspremiere beginnen wollte und die sofortige Ueberlassung der Bühne zur Bedingung für ihre Einwilligung zur Lösung des noch 1½ Jahre laufenden Pachtvertrages des Dir. Robert Klein gemacht hat, wurde das B e r l i n e r L e s s i n g - T h e a t e r soeben g e s c h l o s s e n, obwohl alle Anschlagsäulen noch erzählten, daß das Stück „Immer erst den Anwalt fragen" weiter über die Bretter gehe.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER 8

Copyright by Greifenverlag Rudolstadt

8. Fortsetzung

Gründe:

Durch die durchaus glaubwürdigen, wenn auch unbeeidigten Aussagen der Zeugen Lorenz Hammer und Frau Eusebia Bader steht einwandfrei fest, daß hinsichtlich der im Rubrum genannten Auguste Wehner die Gefahr der Verwahrlosung besteht. Es wurden zwar keine Tatsachen vorgebracht, aus denen hervorgeht, daß ein Zustand der Verwahrlosung bereits Platz gegriffen hat. Dies ist aber auch gar nicht nötig; denn nach § 62 des Jugendwohlfahrtgesetzes dient die Fürsorgeerziehung der Verhütung oder Beseitigung der Verwahrlosung. Zur Beseitigung der Verwahrlosung ist die Fürsorgeerziehung dann notwendig, wenn die Verwahrlosung bereits eingetreten ist und weitere Verwahrlosung zu befürchten ist. Dieser Fall ist hier nicht gegeben. Dagegen liegt der andere Fall vor, daß durch die Fürsorgeerziehung vorbeugend die Verwahrlosung verhütet werden soll. In dieser Hinsicht ist erwiesen, daß die Schwester der Auguste Wehner ein Verhältnis unterhält, daß sie ein außereheliches Kind hat, daß sie schon wiederholt bei der Polizei wegen unsittlicher Delikte angezeigt war. Hinsichtlich der Auguste Wehner ist erwiesen, daß sie einmal von einem jungen Mann vor dem Miethaus, in welchem sie wohnt, auf der Straße geküßt wurde, und daß sie zum mindesten einmal, vermutlich aber öfter, erst nachts um zwei Uhr nach Hause gekommen ist.

Diese Tatsachen allein würden vielleicht nicht ausreichen, um die Fürsorgeerziehung anordnen zu können. Sie reichen aber aus in Verbindung mit dem Urteil, welches von den Zeugen Hammer und Bader abgegeben wurde. Beide sind übereinstimmend der Ansicht, daß die Anordnung der Fürsorgeerziehung erforderlich ist, um eine drohende Verwahrlosung abzuwenden. Das Urteil dieser Zeugen erscheint dem Gericht als ganz besonders gewichtig. Denn Hammer ist von Beruf Kriminalbeamter, hat also Erfahrung in derartigen Dingen und ist schon kraft seines Berufes in der Lage, die einschlägigen Verhältnisse beurteilen zu können. Frau Bader ist selbst Mutter von drei Kindern, weiß daher in der Kindererziehung Bescheid und muß als Mutter beurteilen können, welche Maßnahmen zur Verhütung der Verwahrlosung als notwendig erscheinen.

Die beiden Zeugen erscheinen auch als durchaus glaubwürdig, denn ihre Angaben widersprechen sich in keinem Punkt. Dagegen erscheinen die Angaben der Auguste Wehner selbst und ihrer Schwester als unglaubwürdig. Dies ergibt sich schon daraus, daß die Auguste Wehner bei ihrer Vernehmung geleugnet hat, jemals um zwei Uhr nachts nach Hause gekommen zu sein, während ihre Schwester bei ihrer abermaligen Vernehmung zugeben mußte, daß zum mindesten einmal ihre Schwester tatsächlich erst um zwei Uhr nachts nach Hause kam.

Als unbeachtlich haben sich dagegen die Einwendungen der Beteiligten erwiesen:

a) Zunächst ist von den Beteiligten immer darauf hingewiesen worden, daß ja die Auguste Wehner gar nichts verbrochen habe, daß sie nichts getan habe und daß deshalb kein Grund vorliege, um sie in die Erziehungsanstalt zu stecken. Dieser Einwand verkennt vollständig den Zweck der vorsorglichen Fürsorgeerziehung. „Die Gefahr der Verwahrlosung kann auch einem Kinde drohen, das körperlich, geistig oder sittlich noch vollkommen unverdorben ist, bei dem sich Spuren einer beginnenden Verwahrlosung noch in keiner Weise zeigen" (vgl. Fichtl. Jugendwohlfahrtgesetz, S. 98). Es ist deshalb belanglos, ob die Auguste Wehner ein ordentliches und anständiges oder ein sittlich verdorbenes Mädchen ist.

b) Ferner wurde geltend gemacht, daß es doch nicht angängig sei, die Auguste Wehner aus ihrem Beruf herauszureißen und ihre weitere Ausbildung als Verkäuferin zu unterbinden. Dieser Einwand verkennt gründlich den Zweck der Fürsorgeerziehung. Die Fürsorgeerziehung ist eine staatliche Einrichtung, sie verfolgt öffentliche Interessen, sie kann deshalb auf entgegenstehende private Interessen keine Rücksicht nehmen. Es ist viel wichtiger, daß die vom Staat als richtig erkannte Fürsorgeerziehung angeordnet und durchgeführt wird, als daß das Mädchen zu einem Beruf vorgebildet wird Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß nach der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung das Mädchen neuerdings eine Anstellung als Verkäuferin finden wird. Aber darauf kommt es nicht an. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß das Mädchen Verkäuferin sein muß, es gibt auch andere Berufe, die sie nach der Entlassung aus der Anstalt ergreifen kann.

c) Ganz verfehlt ist der Einwand, es sei nicht angängig, die beiden Schwestern auseinanderzureißen. Das ist es gerade, was durch das Verfahren erreicht werden soll; denn die Zeugen Hammer und Bader halten es für erforderlich, daß dies geschieht.

(Fortsetzung folgt)

Der tägliche Vormarsch

Täglich neue Ortsgruppengründungen

In Herford ist im Anschluß an eine gut besuchte Versammlung eine Ortsgruppe der SAP gegründet worden. Die Versuche einzelner SPD-Versammlungsbesucher, die Versammlung zu stören und die Gründung zu verhindern, mißlang jämmerlich.

In Dresden-Coschütz wurde gleichfalls eine Ortsgruppe ins Leben gerufen, der sich sofort eine große Anzahl von Genossen anschlossen.

In Holzhausen bei Leipzig ist vor allem die Jugend Schrittmacher der Bewegung. 60 Prozent der SAJ mit den aktivsten Funktionären sind zum SJV übergetreten. Ihrer regen Werbetätigkeit ist es zu danken, daß nun auch eine starke Ortsgruppe der SAP gegründet werden konnte.

In Breslau-Pöpelwitz entstand eine Ortsgruppe des SJV.

Die SAP sammelt die Arbeiterschaft

Aus allen Teilen des Reiches gehen uns Berichte über Versammlungen zu, die beweisen, daß die SAP an Orten Massen auf die Beine bringt, an denen die anderen Parteien nur noch leere Säle vorfinden. Wir können aus der Fülle nur die wichtigsten bringen.

1100 Personen hatten sich in Löbau eingefunden, um Max Seydewitz zu hören. Die letzte öffentliche SPD-Versammlung, zu der Dresdner Kanonen erschienen waren, wies einen Besuch von 150 Mann auf. In der Seydewitz-Versammlung zollten die Anwesenden unserm Redner stürmischen Beifall, während bei dem SPD-Diskussionsredner sich kaum 50 Hände rührten. Starke Zunahme unserer Ortsgruppe ist das Ergebnis der Versammlung.

In Elmshorn war die SPD ausgezogen, um die SAP zu erledigen. Der Erfolg war eine überfüllte SAP-Versammlung und eine große Anzahl von Uebertritten aus der SPD.

Wie 1914

Reichsbanner proklamiert „außenpolitische Einheitsfront"

Zuerst gings aus von der Schwerindustrie und dem Großkapital, das es von je als unerhörte Zumutung empfunden hat, auch einmal zu geben, statt nur zu nehmen. Dann kamen die von ihnen engagierten „Vaterländischen" verschiedenster Couleur und sangen im Chor: Nein, Tribute wollen wir nicht, wir zahlen keine Tribute nicht. Das Ablenkungsmanöver war gewiß deutlich. Die Reparatitionen waren (wie die Juden) an allem schuld, und während das deutsche Volk dem Haßchor lauschte, die Melodie leise schon mitsang, wurde es bis aufs Hemd vom „nationalen" Kapital ausgeplündert, ohne sich zu wehren. Die Regierung adoptierte das Wort „Tribute" ganz offiziell, trieb — wen kann das wundern? — das Spiel der Ausbeuter. Die „radikalen" Kommunisten ließen sich nicht lumpen, sie verstärkten den, zuerst von Stinnes dirigierten, Chor mit dem proletarischen Haß. Und nun haben vor kurzem auch die freien Gewerkschaften nicht umhin gekonnt, diese neueste Nationalhymne zu adoptieren.

Konnte es da für das Reichsbanner noch ein Halten geben? General Hörsing braucht doch ein Betätigungsfeld! Oder ist's der „Kamerad" Höltermann? Nun, das ist gehupft wie gesprungen. Ihm, besser gesagt seinen Führern, ist ja auch ein böser Schlag versetzt worden. Die neue Notverordnung —, daß sie der arbeitenden Klasse die Luft zum Atmen nimmt, das wäre ja nicht so schlimm, nicht wahr! Daß aber dem republikanischen Reichsbanner, das Schmerz doch schon gewöhnt ist, die Uniform verboten werden soll, das läßt das teutonische Herz seiner sozialdemokratischen Führer in Bitterkeit entflammen. Das, wahrlich, haben sie um die Brüning-Groener nicht verdient. Es ist ihnen unverständlich. Warum?

„Der Bundesleitung ist unverständlich, daß die Regierung durch das unterschiedslose Versammlungsverbot die Möglichkeit ausgeschaltet hat,

außerhalb der Presse für die von ihr selbst als lebensnotwendig bezeichnete Einheitsfront in außenpolitischen Fragen zu werben. . . ."

Da wären wir ja nun glücklich wieder in der Auguststimmung 1914. „Wir haben alle nur einen Feind!" Und das ist der „Erbfeind" draußen. Daß diese Führer nichts gelernt haben, das ist schon schlimm genug, daß sie aber auch nichts vergessen haben, richtet sie.

Mag die Reichsbannerführung die Bahn auf den „eingefrorenen Krediten" für eine Schlittenpartie in ein neues Abenteuer kehren — aber gefälligst ohne das deutsche Proletariat! Das hat an den zwei Fahrten von 1914 und 1923 genug! Mag die Reichsbannerführung die Einheitsfront mit dem betrügerischen deutschen Kapital pflegen — aber gefälligst ohne die Proletariermassen! Die kennen ihren „Erbfeind" besser, die wissen, daß ihr schlimmster Feind im eigenen Land ist. Und gegen den muß das deutsche Proletariat seine Einheitsfront schaffen. Dazu will die SAP helfen, als die einzige deutsche Partei, die den Schwindel offen als Schwindel brandmarkt.

„Arbeiter-Republik Spanien"

Die Verfassung angenommen / Die Reaktion rührt sich / Parlament und Machtfaktoren

Madrid, 9. Dezember.

Die Cortes haben mit allen 386 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen den endgültigen Text der Verfassung angenommen.

Die Tatsache, daß 386 Abgeordnete für den endgültigen Text der Verfassung gestimmt haben, während die Cortes insgesamt 466 Abgeordnete zählen, erklärt sich daraus, daß eine ganze Reihe Abgeordneter wegen Krankheit beurlaubt waren. Der Stimmen enthalten haben sich Graf Romanones, die Gewerkschaftsabgeordneten, einige baskische Abgeordnete. Dagegen haben die Katalonier unter Führung des Obersten Macia für die Verfassung gestimmt.

*

Hätte es uns nicht schon Lassalle gelehrt, so wüßten wir aus der Erfahrung, daß eine geschriebene Verfassung nur ein Blatt Papier bedeutet im Vergleich zu den realen Machtfaktoren in einem Land, die sich ausdrücken in der wirtschaftlichen Position und deren organisatorischen Zusammenfassung. Ebenso wissen wir, daß auch die Parteienstärke in einem Parlament nicht einfach zahlenmäßig den Zustand des Kräfteverhältnisses im Land wiedergibt, daß die außerparlamentarischen Faktoren, die zwar zu einem gewissen Grade ihre Widerspiegelung im Parlament finden können (können, nicht müssen), in letzter Linie entscheidend sind.

Trotzdem läßt ein Blick auf die Zusammensetzung des spanischen Parlaments bestimmte Rückschlüsse auf die Machtverteilung und Machtfaktoren zu. Es zählt die sozialistische Partei 116 Abgeordnete, die radikale 92 und die radikalsozialistische 60. Die nächstgrößere Gruppe ist die Catalanischrepublikanische Linkspartei mit 43 Abgeordneten. Dann gibt es noch weitere 10 kleinere Gruppen, die aber nicht viel bedeuten. Und dann kommt eine große Masse Einzelabgeordneter, die keiner Gruppe angehören, also ihren Laden für sich machen. Ein Beweis für die Ungeklärtheit der politischen Situation und mehr noch des politischen Bewußtseins der spanischen Wähler. Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß einer dieser Einzelgänger, ein sehr bekannter Rechtsanwalt, sich selbst bezeichnet als „königsloser Monarchist im Dienste der Republik".

Interessant auch ist ein Ueberblick über die Berufszugehörigkeit der Abgeordneten. Man zählt in diesem, im wesentlichen Agrar- und Bauernland, unter den Parlamentariern 128 Rechtsanwälte, 65 Professoren, 41 Aerzte, 80 Journalisten, 15 Schriftsteller, 16 Ingenieure, 3 Architekten, 8 Kleriker, 8 Militärs, 18 Geschäftsleute, 10 Angestellte, 24 Arbeiter und . . . 1 Landarbeiter.

Der gegenwärtige Ministerpräsident Don Manuel Azana hat als Parteigruppe hinter sich 157 Stimmen des sogenannten Republikanischen Bundes. Dazu kommen dann die Stimmen der 116 Sozialisten, die in dem Kabinett Azana drei Minister stellen. Eine Koalitionsregierung also. Daß diese Ehe zwischen Sozialisten und Radikalen nicht ungetrübt ist, geht daraus hervor, daß der sozialistische Arbeitsminister und Gewerkschafter Largo Caballero bereits öffentlich mit einem bewaffneten Aufstand der Sozialisten gedroht hat, falls die Radikalen versuchen wollten, die Regierung allein zu übernehmen.

Für den zukünftigen Kurs und für die bevorstehenden Kämpfe ist ferner charakteristisch, daß Alcalá Zamora, der in diesen Tagen zweifellos zum Präsidenten der Republik gewählt werden wird, in einer Rede erklärt hat, er betrachte es als seine Lebensaufgabe, die ungerechten Gesetze gegen die religiösen Orden zu revidieren. Nimmt man noch hinzu, daß Spanien sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise befindet, daß der Finanzminister das Defizit für dieses Jahr bereits auf höher als 500 Millionen Peseten beziffert, während der Justizminister seinerseits höchst bedenklich den Kopf über die Gesetze zur Agrarreform schüttelt und vor den Folgen ihrer Durchführung systematisch graulich macht, so weiß man, was die Glocke geschlagen hat.

Man sieht also, daß die „gemäßigte" Richtung sich zu dem üblichen Kampf rüstet, alles sozial und ökonomisch Fortschrittliche, das wirklich eine Aenderung der bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse bedeuten könnte, systematisch abzubauen. Der Weg ist uns ja nur zu gut bekannt und das Ende auch. Man kann deshalb nur mit Sorge auf die Entwicklung in Spanien blicken. Der Freudentag der Verfassungsannahme könnte sehr bald eine bittere Erinnerung für das spanische Proletariat bedeuten. Der offizielle Name „Arbeiterrepublik" kann die Tatsache nicht verdecken, daß das neue Spanien noch viele Kämpfe zu bestehen haben wird, ehe es diesen Namen zu Recht führen darf.

Präsident Zamora

Madrid, 10. Dezember.

Alcala Zamora ist von den Cortes mit 362 von 410 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

Die Jesuiten wittern Morgenluft

Madrid, 10. Dezember.

Zweihunderttausend Katholiken Nordspaniens forderten vom neuen Staatspräsidenten die Zurücknahme der Ausweisung der Jesuiten.

Streikunruhen in Spanien

Madrid, 10. Dezember

In Saragossa fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen streikenden und arbeitswilligen Arbeitern statt, wobei eine Person getötet und mehrere Personen, darunter zwei Polizeibeamte, verwundet wurden.

In Gijon, wo der Generalstreik ausgebrochen ist, wurden militärische Verstärkungen angefordert.

Polizei schießt auf Streikende

Die Telegraphen-Union meldet aus Madrid:

Der Generalstreik in Gijon nimmt immer größere Ausmaße an. Die Syndikalisten terrorisieren die übrige Arbeiterschaft und weigern sich, die Fabriken zu verlassen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der Schußwaffe Gebrauch machte und dabei einen Arbeiter tötete und elf verwundete. Die Bäckereien sind geschlossen, die Zeitungen erscheinen nicht. Ein großes Polizeiaufgebot ist zur Aufrechterhaltung der Ruhe zusammengezogen worden. — In Saragossa und in Alcoy wurde ein 24stündiger Generalstreik als Protest gegen die Einführung der Mutterschutzversicherung erklärt (? Red.).

Enteignung amerikanischer Telephongesellschaft?

Madrid, 10. Dezember.

Der Ministerrat hat beschlossen, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die spanische Telephongesellschaft, die unter Primo de Rivera von amerikanischen Ingenieuren mit amerikanischem Kapital errichtet wurde, als ungesetzlich erklärt und enteignet werden soll. In amerikanischen Kreisen herrscht über diesen Regierungsbeschluß große Erregung.

Die Nazis trumpfen auf

Zentrum bereit

Darmstadt, 10. Dezember.

Zu der Veröffentlichung der nationalsozialistischen 12 Punkte zur Regierungsbildung in Hessen wird von maßgebender Zentrumsseite folgendes erklärt:

„Es entspricht nicht den Gepflogenheiten verantwortungsbewußter Parteien, ein Schriftstück über politische Fragen ohne Wissen des Empfängers vorzeitig zu veröffentlichen. Das Zentrum hat deswegen von dem Inhalt des nationalsozialistischen Briefes in der Oeffentlichkeit keinen Gebrauch gemacht. Wenn in einzelnen Zentrumsblättern und in anderen Zeitungen Vermutungen über die nationalsozialistischen Forderungen ausgesprochen wurden, so geschah das ohne Wissen und ohne **Fühlungnahme mit den Parteiinstanzen. Das** geht auch daraus hervor, daß die Angaben dieser Blätter mit den Forderungen der Nationalsozialisten keineswegs übereinstimmen, ebenso hat das Zentrum über die Antwort, die es erteilen wird, keinerlei Angaben gemacht. Es konnte das schon deswegen nicht tun, weil diese Antwort erst in den abschließenden Besprechungen am Donnerstag festgelegt wurde. Sie wird den Nationalsozialisten am Freitag schriftlich übergeben und dann veröffentlicht werden. Soviel darf aber schon jetzt gesagt werden, daß die Gegenäußerung des Zentrums

eine Ablehnung nicht enthalten wird.

Im Irrtum befinden sich die Nationalsozialisten aber, wenn sie meinen, eine Partei von Tradition und Verantwortung kommandieren zu können. Die ungewöhnliche Form des nationalsozialistischen Vorgehens kann allerdings den Anschein erwecken, daß es den Publizisten der 12 Punkte nicht um eine rein sachliche Erledigung der für das Hessenvolk so wichtigen Frage zu tun ist. Spricht nicht dafür auch der merkwürdige Artikel im „Hessenhammer", der (wenn auch in fragender und verklausulierter Form) einen „Zentrumsverrat am nationalen Hessenvolk" verkündet, ohne daß die offizielle Antwort der Zentrumsfraktion überhaupt vorliegt?"

Das Echo bei den Nazis

München, 11. Dezember.

Dazu schreibt der „Völkische Beobachter": Aus dieser Erklärung ist nur soviel zu entnehmen, daß sich das Zentrum auf das Verhandeln verlegen will. Die nationalsozialistische Fraktion des hessischen Landtags hat aber ausdrücklich erklärt, daß ihre 12 Punkte als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden müßten.

Darmstadt, 11. Dezember.

Inzwischen ist die offizielle Antwort des Zentrums überreicht worden, in der es heißt:

„Die Zentrumspartei muß eine Zusammenarbeit mit der NSDAP an folgende Bedingungen knüpfen, ohne deren Erfüllung weder die Verfassung gewahrt, noch die öffentliche Ordnung gesichert bleibt: die NSDAP versichert öffentlich, daß sie auch während ihrer Mitwirkung in der hessischen Regierung die Legalität in allen ihren Handlungen wahren, allen Putschabsichten entgegentreten und andere als die Machtinstrumente des Staates nicht dulden wird.

Zu den formulierten „Grundsätzen, Zielsetzungen, Mindestforderungen" erklären wir folgendes: Die Punkte 1 bis 10 wollen Vereinfachung und Verbilligung des Gesetzgebungs-, Regierungs- und Verwaltungsapparates. Das hat die Zentrumspartei im Rahmen der Verfassung jederzeit angestrebt und durch die einschneidenden Sparmaßnahmen in vierjähriger Tätigkeit seit Uebernahme des Finanzministeriums bewiesen. Sie ist also bereit, über diese Punkte in Verhandlungen einzutreten, und an ihrer Durchführung mitzuarbeiten, soweit nicht Vorschriften der hessischen Verfassung oder der Reichsverfassung entgegenstehen.

Die Formulierung der Artikel 87 und folgende der hessischen Verfassung spricht nach unserer Auffassung gegen die vorgeschlagene Regelung der Stellung des Staatspräsidenten und des Ministeriums. Sollte sich gleichwohl eine Regelung dieses Vorschlages ermöglichen lassen, die mit der hessischen Verfassung in Einklang gebracht werden kann, so würde eine solche Neuerung in der staatsrechtlichen Machtstellung auch Folgerungen haben müssen hinsichtlich der zu ernennenden Persönlichkeit. Der Staatspräsident müßte dann parteipolitisch unabhängig sein."

Vertagt

Darmstadt, 11. Dezember.

Bei Eröffnung der heutigen Landtagssitzung gab Landtagspräsident Dr. Werner bekannt, daß die Wahl des Staatspräsidenten, die heute als erster Punkt zur Beratung stand, bis zur Klärung der politischen Lage in Hessen von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Auch Dr. Harnack stört den Weihnachtsfrieden

Infolge der neuen Notverordnung wurde auch der angekündigte Vortrag der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands über die Sowjetunion und den chinesisch-japanischen Konflikt, der am Sonnabend, dem 12. Dezember, in der Berliner Singakademie, stattfinden sollte, verboten, trotzdem als Redner Professor Dr. Friedrich Lenz, Dr. Harnack und andere Gelehrte vorgesehen waren.

Einberufung des Sächsischen Landtags?

Dresden, 11. Dezember.

Die Fraktion der NSDAP hat beim Präsidenten des sächsischen Landtages in einem Schreiben die sofortige Einberufung des Landtages gefordert, um Stellung nehmen zu können zu den wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der neuen Notverordnung auf Sachsen.

Wehrlos gegen die Bürokratie

Weimar, 11. Dezember.

Der Verband proletarischer Freidenker Thüringens hatte gegen das Land Thüringen Klage auf Schadensersatz erhoben, weil durch eine Verfügung des Polizeidirektors der Stadt Jena das vom Kläger für den 28. Mai 1930 geplante Gastspiel der Piscator-Bühne „§ 218 — Gequälte Menschen" am Tage vorher verboten worden war. Die Schadensersatzklage stützte sich darauf, daß das Verbot zu Unrecht erlassen worden sei. Obwohl das Oberverwaltungsgericht in Jena auf eine Anfechtungsklage des Klägers hin so entschieden hatte, wurde die Schadensersatzklage durch Urteil des Landgerichts Weimar vom 6. Okt. 1931 abgewiesen, weil weder eine vorsätzliche noch eine fahrlässige Amtspflichtverletzung eines Beamten festgestellt werden konnte. Gegen dieses Urteil hatte der Kläger Berufung eingelegt. Er hat sie aber jetzt, wie die Justizpressestelle mitteilt, zurückgezogen, so daß das Urteil des Landgerichts Weimar rechtskräftig geworden ist.

Die internationale Reaktion

Sejm lehnt die Verkürzung der Arbeitszeit ab.

Warschau, 11. Dezember.

Im Sejm hat am Donnerstag die Regierungsmehrheit einen Antrag der Sozialisten, die bisher gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit in der Woche von 48 auf 40 Arbeitsstunden herabzusetzen, abgelehnt.

Sportschau der SAZ

Wichtige Spiele in der Kreisklasse

1. Kreis.

Die Abteilung A der Kreisklasse bringt am Sonntag zwei außerordentlich wichtige Treffen! Beide Anwärter auf die Abteilungsmeisterschaft stehen im Kampf. Eintracht-Reinickendorf hat das schwerere Spiel gegen den Tabellendritten, Luckenwalde III. Zwar liegt gerade bei den Reinickendorfern der Vorteil des eigenen Platzes schwer, aber die Leute aus der Turnerstadt haben den festen Willen, ihren Freunden von der I. Abteilung einen Gefallen zu tun und den Nordleuten wenigstens einen Punkt abzunehmen. Sie selbst haben nichts mehr zu verlieren und können daher alles auf eine Karte setzen.

Luckenwalde I sollte es auf dem guten Platz in der Kynaststraße leichter haben, mit Hilfe der gleichmäßigeren Mannschaft und körperlicher Ueberlegenheit Sieger zu bleiben.

In der Abteilung B dürfte Adler 08 an Minerva — noch dazu auf eigenem Platze — nicht scheitern. Es geht jetzt ums Ganze, weitere Punktverluste darf sich der frühere Bundesmeister nicht leisten.

Weißensee und Teltow standen sich erst vor kurzem gegenüber. Daß der hohe Sieg Weißensees wiederholt wird, ist kaum anzunehmen. Immerhin, Teltow hat noch Hoffnungen — allerdings auch eine Krise.

Der Tabellenstand der Kreisklasse ist interessant genug, um ihn noch einmal abzudrucken:

Tabellenstand der Kreisklasse am 12. Dezember 1931.

Abteilung A.	Spiele	gew.	unent.	verl.	Punkte
ckenwalde I	12	10	2	—	22:2
ntracht Rdf.	11	10	—	1	20:2
ckenwalde III	12	8	2	2	18:6
chrenberg I	12	4	3	5	11:13
nkow	14	4	2	8	10:18
ckenwalde V	14	3	3	8	9:19
endau	13	3	1	9	7:19
tab	12	1	1	10	3:21
Abteilung B.	**Spiele**	**gew.**	**unent.**	**verl.**	**Punkte**
ler 08	9	6	—	3	12:6
rtha II	12	8	1	3	17:7
che Könignick	13	7	1	5	15:11
ckenwalde II	12	5	3	4	13:11
eißensee	11	5	1	5	11:11
ebbin	11	3	2	6	8:14
nerva 28	10	1	2	7	4:16
ltow	6	2	—	4	4:8

Im Kreisgebiet finden noch folgende Spiele statt:

Anfang: 1. Männer 14.00, 2. Männer 12,15, Jugend 10.00 Uhr.

1. Bezirk.

Storkow 1—Frohe Stunde 1; Storkow 2—Frohe Stunde 2; Kagel—Eiche 2; Lichtenberg I 2—Dtsch. Wusterh.; BSV. 31 1—Südost 1; Wacker 30—Südost 2; Dollenbrodt—Eiche Bohnsdorf; ASV. Nkl.—Wacker 30 1; ASV. Nkl. 2—Minerva 2; ASV. 2.

3. Bezirk.

2. Klasse — Abteilung A.

Charlottenburg—Elstal (Eintracht).

Havelgruppe.

Fohrde—Grebs (Lemme, Freiheit); Kirchmöser—Trechwitz (Brandenburg).

Jugend.

Serienspiele. — Abteilung A.

Nowawes 1—Brandenburg 1 (Potsdam) 11.00
Vorwärts 1—Drewitz 1 (Eintracht) 11.00

Abteilung B.

Eintracht 1—Minerva 1 (Hansa) 10.00

Pflichtspiele.

Minerva 2—Wilmersd. 1 (Vspt. Neuk.) 11.00
Staaken 1—Lichtenberg I 1 (Butab) .. 11.00
Minerva 3—Eintracht 3 (Normania) .. 10.00
Nowawes 2—Normania 2 (Potsdam) .. 10.00
Lichtenberg 2—Normania 1 (Saxonia) 10.00

Schüler.

Pankow—Fr. Scholle (Adler 08) 10.00
Nowawes—Drewitz (Caputh) 9.00
Caputh—Minerva (Drewitz) 11.00
Zossen—Elstal (auslosen) 13.00

Die **Odergruppe** zeigt folgende Spiele an: Hertha-Neuenhagen—Wacker-Brunow; Dannenberg—ASV. Altglietzen. — Hertha hat die bessere Mannschaft auf dem eigenen Platz. Das zweite Spiel ist völlig offen. ASV. hat zwar ein kleines Plus in der Mannschaft, dafür spielt Dannenberg auf eigenem, schweren Platz. Ma.

Ein Serienkampf im Geräteturnen

wird am kommenden Sonntag um 13.30 Uhr vom SV. Moabit durchgeführt. Die Veranstaltung findet in der Großen Halle, Turmstraße 75, statt. Beteiligt sind an dem Wettstreit die Turnmannschaften von FTGB-Eberswalde und von SV.-Moabit. Es handelt sich ausnahmslos um gute Turner; alle Sportfreunde werden bestimmt auf ihre Kosten kommen und einige genußreiche Stunden erleben. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pfg.

•

Kinder werben für den Arbeitersport

Die Kinderabteilung vom VfK. „Proles", Gruppe Wedding, zeigt am Sonnabend, dem 12. Dezember 1931, 18 Uhr, in der Turnhalle Lütticher Straße 4, eine

Werbeschau

Gesang, Gymnastik, Spiele, Sondervorführungen werden den Abend zu einem genußreichen machen. Die Weddinger Arbeiterschaft wird auf diese Veranstaltung hingewiesen. Eintritt 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

Bezirksübungsstunde

der Arbeiter-Schwimmer (4. Kreis, 6. Bezirk)

Die Bezirksleitung macht besonders darauf aufmerksam, daß die Uebungsstunde erst um ½11 Uhr beginnt und um 13 Uhr zu Ende ist. Die Leitung übernimmt der Zwickauer Verein, die Aufsicht führt der Bezirk, Berichterstatter ist Gen. A. Schumann. Folgende Handballspiele werden durchgeführt: Zwickau Jugend—Crimmitschau Jugend (Schiedsrichter (Engelhardt-Werdau), Zwickau I—Wilkau I, A.-Klasse (Schiedsrichter Engelhardt-Werdau), Planitz I—Neukirchen I, B.-Klasse (Schiedsrichter Meinel-Zwickau).

Aus Südwest-Sachsen

Fußball am Sonntag

Niederhaßlau—Lößnitz (14.30). Nach geraumer Pause trifft Haßlau wieder einmal auf einen alten Bekannten. Der Zeitpunkt ist für beide günstig, denn jede Mannschaft kann das Spiel als Vorprobe der kommenden Meisterschaftskämpfe ansehen. Wir erkennen das gute technische Können der Gäste gerne an, glauben aber, daß Niederhaßlau ihnen doch noch überlegen sein wird.

Vielau—Wilkau (14.30). Obwohl das letzte Treffen noch nicht weit zurückliegt, wird diese Begegnung erneut großen Anklang finden. Es verspricht wieder ganz besonders interessant zu werden. Das Gewinnen ist nur von Glücksumständen abhängig.

Oberhohndorf—Marienthal (14.00) (Wiederholungsspiel). Der Schiedsrichter hatte einen voreiligen Abbruch fabriziert. Die Mannschaften haben nun nochmals die Möglichkeit, sich die Punkte auf einwandfreiem Wege zu verdienen. Wird das nun diesmal wieder ein reizvoller Kampf werden.

Planitz—Ellefeld (11.00). Planitz hat wieder einmal eine günstige Auswahl getroffen. Ellefeld wäre beinahe zu Bezirksmeisterehren gekommen. Erst mit 3 : 0 in Führung wurde das Entscheidungsspiel gegen Oelsnitz 23 mit 3 : 4 verloren. Es ist begreiflich, daß in Planitz für die Begegnung Interesse besteht. Die Gewähr für ein gutes Propagandaspiel ist also gegeben.

Reichenbach—Reinsdorf (14.00). In Spielart und -auffassung sind sich beide ebenbürtig. Ein sehr anregender Spielverlauf ist da vorauszusagen.

Zwickau-Süd—Pöhlau (14.00). Durch den Kampfgeist der Pöhlauer wird das Spiel ein sehr flottes Tempo aufweisen. Dieser einzige Vorzug wird wahrscheinlich auch das Torergebnis etwas vermindern. Technik und Taktik ist bei Süd weit besser, so daß wir dem Gastgeber einen Sieg zutrauen.

Zwickau-Nord—Zwickau (14.30). Die Nordmannschaft wird hier einen Revanchekampf zu erwarten haben.

Werdau — Neukirchen (14.30). Werdau wird es bei diesem Kräftemessen sehr schwer haben, da in der Mannschaft noch immer keine Torschützen sind. Ein günstiges Abschneiden ist da zu bezweifeln. Gespielt wird auf dem Platz am Turnerheim.

Mylau—Härtensdorf (15.00). Wie diese Begegnung auslaufen wird, läßt sich wirklich schwer sagen. Auf keinen Fall dürfen aber die Gäste wieder außer Fassung geraten, wie am letzten Sonntag, sonst werden die erstklassigen Vereine in weitere Abschlüsse nicht gern einwilligen.

Bockwa—Lengenfeld (14.00). Beide Parteien machen noch Versuche, die Mannschaft zu verstärken. Für diesen Zweck ist das Spiel besonders geeignet, da kein Verein überlegen ist. Ein Unentschieden ist am wahrscheinlichsten.

Pöhlau 2—Mülsen-Niclas (14.30, Fichte); Friedrichsgrün—Mülsen-Jacob (14.30); Reichenbach 2—Steinpleis 1 (11.30); Cainsdorf 2—Hirschfeld 1 (14.00); Brockau 1—Kürbitz 2 (14.00); Oberhohndorf 3 — Lichtentanne 1 (12.15); Petzschkau fährt mit 1. und 2. Mannschaft nach Triebes in Thüringen.

Thüringer Arbeitersport

Sonntagsspiele im 4. Bezirk.

Freie Turnerschaft Zeitz I—Meuselwitz I (Kreismeister). Bei diesem Spiel muß Zeitz zeigen, was es kann, um nicht eine allzu hohe Niederlage zu erhalten, da Meuselwitz mit voller Mannschaft antritt.

Turnerbund Zeitz I—Turnerbund Altenburg I.
Turnerbund Zeitz II—Turnerbund Altenburg II.
Freie Turnerschaft Jugend—Rasberg Jugend.

Organisations-Nachrichten

SAP

Ortsgruppe Charlottenburg. Montag, 14. Dez., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Porschel, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 82. Referat: „Gegen den Faschismus — Für die Einheitsfront." Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Ortsgruppe Kreuzberg. Funktionärversammlung, Montag, 14. Dez., 19.30 Uhr, bei Sievert, Böckstr. 8.

Bezirksverband Berlin. Die für Sonntag, 13. Dez., angesetzte Bildungsobleutesitzung fällt umständehalber aus. Nähere Mitteilungen folgen noch.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. K. Sturm. Thema: „Gesellschaftskritik in der modernen amerikanischen Literatur.

Ortsgruppe Teltow. Funktionärversammlung, Montag, 14. Dez., 20 Uhr, bei Gen. Schultze, Feldstr. 28.

Fraktionsversammlung der Vorwärts-Belegschaft. Sonntag, 9.30 Uhr, in den Odfellow-Logen, Alte Jakobstr. 128. Genossin Dora Fabian spricht über „Arbeiterschaft und SAP."

SJV

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

Heute, Sonnabend, 12. Dezember:

Falkenberg. Heimabend.
Spandau. Heim, Lindenufer 2. — Arbeitsgemeinschaft.
Mariendorf „Rote Pioniere". Heim, Marienfelde (a. Bhf.). — Tagespolitik.

Morgen, Sonntag, 13. Dezember:

1. Bezirkskonferenz, ½9 Uhr, großer Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24-25. Ausweise und Mitgliedskarten mitbringen.
Unterbezirk Neukölln. Alle Delegierten zur BK. treffen sich pünktlich 8 Uhr Rollkrug (Hermannplatz). — Alle anderen Genossinnen und Genossen sind um 9 Uhr bei Damm, Hertzbergstr. 22. **Abends:** 19 Uhr, Heimabend, Heim Steinmetzstr. 146.
Unterbezirk Schöneberg-Friedenau. Heim Genthiner Str. 17. — Politisch-satirischer Abend.
Aktionsbezirk Nord. Heim, Lehrter Str. 18/19. Ab 18 Uhr Heimabend.

Mitteilungen der BL:

Fahnen, Transparente, soweit noch nicht abgeliefert, heute Sonnabend im Sekretariat der Partei abgeben.
Die Roten Falken. Alle „Roten Falken" beteiligen sich am Sonntag, 13. Dez., an der Besichtigung der Konsumgenossenschaft. Treffpunkt 9 Uhr, Bhf. Frankfurter Allee.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2404

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16 Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.40 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.50 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.", Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich 0,60 RM einschl Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m b H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Volksbühne
Theater am Bülowpl.
Heute, Norden 294
8 Uhr:
Großherzogin von Gerolstein

Federn
aus erster Hand ab billig Dopp... Füllkräft... Pfd graue 60 Pf., weschliss 75 u 90 Pf. Rupf weich 1.50. Halbdaunen 2.75, weiß 4.-, hoch weiß 5.-, geschliss weiß 3.50, Schleiß-halbfl. 5.-, Daunen 6.-, 7.-, weiß 7.-, 10.-. Oberbetten, Inl schl dicht Inl 12.-, 14.80, 18.-, Kissen 3.50 4.20, 5.50 u hess. Vers reg Nachn., von M. 20. portofrei Nichtpass retour Must u Preisliste gratis Böhm. Bettfed.-Spezial-Haus Sachsel u. Stadler Berlin C 489, Landsberger Str 43

Am Mittwoch, dem 9. Dezember verschied unser lieber Kollege
Gustav Hiller
im Alter von 48 Jahren.
Ein treues Andenken bewahren ihm die
Kollegen der Gießerei der Linke-Hoffmann-Buschwerke, Abt. Gießerei
Einäscherung: Sonnabend, 16 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Am 9. Dezember starb nach kurzer Krankheit unser Genosse
Gustav Hiller
im Alter von 48 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die
Genossinnen und Genossen des Distrikt 6 der SAP Groß-Breslau
Einäscherung: Sonnabend, den 12. 12. 31, 16 Uhr, im Krematorium Gräbschen

Am 9. Dezember 1931 starb nach kurzer Krankheit unser Sparfreund
Gustav Hiller
im Alter von 48 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Mitglieder des Sparvereins „Bergahöhe"
Einäscherung: Sonnabend, den 12. 12. 31, 16 Uhr, im Krematorium Gräbschen. Trauerhaus Bernstr. 5

Oberlausitz
Schenkt
Schirme zum Weihnachtsfest
E. Günthers Nachfg.
Löbau, Inn. Zittauer Str 2
Der preiswerte **Weihnachtsverkauf** hat begonnen!
Auf alle Artikel rücksichtslose **Preisherab. etzung**
Waren Sie Ihren Vorteil im Maß- u. Konfektionsgeschäft
Herb. Buder, Ebersbach i. S.

Spielwaren
Feine Lederwaren, Linoleum u. Stragula
Auf räte solid. Polstermöbel
OSWALD HARTUNG
Sattler und Tapezierer
Ebersbach i. Sa. Tel 5216

Weihnachten!
Zigarren, Zigaretten, Tabak, auch in Präsentpackungen
Bruno Walde
Ebersbach, Bahnhofstr.

Werbt für die SAZ

Fahrräder, Nähmaschinen
Radio-Apparate bester Marken
in reicher Auswahl
Albin Wenzel, Lowalde

Schokoladen - Vertrieb
Bach & Werner, Zwickau
1. Filiale: Innere Chemnitzer Str. 15
2. Filiale: Hauptstraße 3
3. Filiale: Wilhelmstraße 49
4. Filiale: Äußere Plauensche Str. 13
Hauptgeschäft.
Wilhelmstraße 11 Fernruf 2818
Groß- und Kleinverkauf

3 wichtige Broschüren!
Dr Wilhelm Appens:
Charleville
Dunkle Punkte aus dem Etappenleben
Kartoniert 40 Pfg
Edo Fimmen:
Weltfriede und Arbeiterbewegung
(Die Aufgaben der Gewerkschaften)
Kartoniert 10 Pfg
Soeben erschienen:
Wer war Schlageter?
Kartoniert 20 Pfg
Der neue pazif.-sozial. Bücher Katalog wird an Interessenten kostenlos geliefert
Zu beziehen durch die Buchhandlung der
Deutschen Friedensgesellschaft
Bund der Kriegsgegner Berlin W 57
Bülowstr 105 Postscheck-Konto Berlin 119607

Werbt Abonnenten!

Frankfurter „Klassenkampf"-Leser
kaufen die neueste Nummer

sowie alle Parteiliteratur, SAZ und SWZ
Rudolfstraße 22

Lest und verbreitet
die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!